

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt Cuhjor Nr. 6488

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Postgelde) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Die Regierung und der neue Reichstag. — Beitrag und Leistung in unserm Verbands. II. (Schluß). — Worte und Taten der Bundesverordnetenmehrheit in Elbing. — Krankenlattenwesen in den Gemeindebetrieben der Stadt Breslau. — Aus Politik und Volkswirtschaft. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus den Gemeinden. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. Briefkasten. — Anzeigen. — Totenliste des Verbandes.

Illusionspolitik ärgsten Grades treiben, wollten wir auf die Fraktion Drehscheibe unsere Karte setzen. Genosse Frank forderte das unbedingte Koalitionsrecht sowie ein Theatergesetz, welches letzteres hoffentlich unseren Kollegen bei den Stadttheatern endlich eine rechtliche Basis schafft. Die Herabsetzung der Altersgrenze vom 70. auf das 65. Jahr, eine Reichsversicherung gegen Arbeitslosigkeit und die immer dringlicher werdende Reichswohnungsreform könnten dem neuen Reichstage Gelegenheit geben, positive fruchtbringende Sozialpolitik zu treiben. Aber es müßte schon noch ganz anders kommen, wie es die bisherigen Debatten schließen lassen, soll dies Programm eine Mehrheit finden.

Die Regierung und der neue Reichstag.

Wenngleich unsere Leser allwöchentlich über die Vorgänge im Reichstag informiert werden, verlohnt es sich doch, der nunmehr abgeschlossenen Etatsdebatte auch an dieser Stelle noch einmal zu gedenken.

Mit ungewöhnlicher Energie hat das deutsche Volk gegen das bisherige Steuer- und Regierungssystem Front gemacht bei den Wahlen. 7½ Millionen Wähler wollten vom blauschwarzen Block nichts mehr wissen. Aber diese unzweideutige Kundgebung ist durch die ungerechte Wahlkreiserteilung enorm beeinträchtigt, und so war gleich bei Beginn des Reichstags nicht einmal klare Bahn, sondern die Linksmajorität stand nicht wackelig da. Der Präsidialkomitee erster Teil brachte dem auch bereits die Bescherung. Die Nationalliberalen kamen „Angst vor der eigenen Courage“ und nur der unzweideutigen Haltung der sozialdemokratischen Fraktion ist es zu danken, daß Scheidemann doch noch Vizepräsident blieb. Die fortschrittliche Volkspartei stellte die beiden anderen Präsidenten. Nun konnte die Arbeit beginnen und der obstruktionslustige Rechtsblock sah sich genötigt, bis auf weiteres mitzutun.

Die Etatsdebatte legte mit einer knappen, aber wirkungsvollen Rede des Genossen Dr. Frank ein. Er forderte die bürgerlichen Parteien auf, mitzuarbeiten bei den Vorschlägen, die unsere Fraktion dem Reichstag unterbreitet. Sein Appell an das Bürgertum, wenigstens für die eigene Gleichberechtigung einzutreten in Verwaltung und bei allen Staatsämtern wird freilich in absehbarer Zeit nicht auf Widerhall finden, soweit die praktische Nuklearmachung in Frage steht. Gewiß, die Arbeiterschaft ist bereit, das Bürgertum in diesem Kampfe ums gleiche Recht zu unterstützen, aber die zwiespältigen Nationalliberalen nehmen sich längst wieder nach den schwarzblauen Regierungskleischöpfen, und die fortschrittler haben unsere Kollegen bei der kommunalen „opposition“ Arbeit zur Genüge kennen gelernt, als daß wir hier unsere gelinden Zweifel noch weiter auszudrücken für nötig hielten. Immerhin mag anerkannt werden, daß gegen die bisherige Haltung der „fortschrittlichen Volkspartei“ sich kaum etwas sagen läßt. Nur bleibt zu bedenken, daß ohne die Nationalliberalen all die geplanten Reformen nicht durchzuführen sind, und es hieße denn doch

Vor allem ist die Regierung nicht gewillt, auch nur ein klein wenig aus dem Verlauf der Reichstagswahlen zu lernen. Nach dem Zentrumsredner Speck, der die Parteigegensätze abchwächen will, verbreitete sich der Schatzsekretär Bermuth über die Finanzlage, ohne sich recht mit den geplanten neuen Erbschaftssteuern herauszuwagen. Dafür trat der konservative Graf Westarp um so energischer gegen eine etwaige Steuerbelastung der Besitzenden auf. Er hielt eine Scharfmacherrede wider die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, die ihre Truppen auf der Straße „revolutionär energiziere“. Will man wissen, wie sich im Kopfe eines Junkers die Welt abspiegelt, so muß man dieses Gemisch von markiertem Hurrapatriotismus und Arbeiterfeindlichkeit im Original nachlesen.

Nach dem üblichen Eieranz eines Nationalliberalen folgte der „große Tag“, wo v. Bethmann Hollweg seine beweglichen Klagen ertönen ließ — über den Ausfall der Wahlen. Dabei ist gerade dieser Kanzler nicht ganz unschuldig an dem oppositionellen Stimmenzuwachs. Und was er an reichsverbändlerischer Weisheit über die Sozialdemokratie zu sagen wußte, wird wahrlich nicht dazu beitragen, den Zuwachs zur Arbeiterpartei zu vermindern. Im Gegenteil: Was über den unfreiwilligen Komiter Mumm kürzlich gesagt wurde: „Der kann so bleiben!“, trifft auch für den „leitenden“ Minister von Majestäts Gnaden zu. Nur muß es die Arbeiter bedenklich stimmen, wenn von Regierungsseite auch heute noch eine Einsichtslosigkeit betundet wird, die ihresgleichen sucht. Wenn man die allzu deutlichen Zeichen der Zeit durchaus nicht verstehen will, so mag man nur so weiter machen. Die Arbeiter werden alle ihre Kräfte anspannen, um der weiteren Ausdehnung ihres Einflusses die Wege zu bahnen, und wenn dem Reichstanzler die 117 Millionen und die 110 Mandate nicht genügend imponieren, wir werden ihn mit mehr aufwarten!

Treffend konnte Genosse Ledebour auf die „Büßprediger“ hinweisen, die selber auf falschen Pfaden wandeln. Auch Pokadowsky gehört dazu. In der 21. stündigen Rede Ledebours wurde das ganze Sündenregister des heutigen Regierungssystems aufgerollt.

Es gelang Ledebour nicht nur, die unmotivierten und plumpen Angriffe des Kanzlers auf die Sozialdemokratie gut abzuwehren, sondern er entwickelte auch ein positives Programm, wie sich die Arbeiterklasse sowohl eine Gesundung der Finanzen als auch eine Beseitigung der Schutzölle denkt. Wir verlangen eine Auslands-politik, die nicht fremde Völker und Staaten einzuschüchtern sucht, sondern die die großen Probleme der nächsten Zukunft bewältigt in Frieden und Freundschaft. Statt dessen werden jetzt wieder für das Heer 48 Millionen, für die Marine 26 Millionen gefordert. Und wieder soll das Volk sie aufbringen, anstatt diejenigen, die eine imperialistische Politik predigen, allein heranzuziehen. Auch der konservative Unternehmerterrorismus wurde treffend gegeißelt. In der Tat, wenn man die wütenden Rotschreie der „Arbeitergeberzeitung“ in jeder Nummer liest, kann man sich des Gefühls nicht erwehren, als möchten die Scharfmacher jetzt die Regierung doch noch veranlassen, mit einem reaktionären Knebelgesetz wider die Gewerkschaften zu kommen. Aber ob der jetzige Reichstag das ohne weiteres apportieren würde, ist denn doch mehr als zweifelhaft. Und die Regierung wird es sich nach der schallenden Ohrfeige, die ihr die Wähler am 12. Januar verabreicht haben, doch wohl etwas überlegen, ob sie erneut die andere Wacke hinhalten soll. Im übrigen treffen die Schlussworte Ledebours durchaus zu:

„Das deutsche Proletariat wird mit seinen Bruderparteien in den anderen Ländern fortschreiten von Entwicklungsstufe zu Entwicklungsstufe, bis die Zeit gekommen ist, da die wirtschaftliche Entwicklung selbst soweit gediehen sein wird, daß der Uebergang der kapitalistischen in die sozialistische Ordnung eine zwingende Notwendigkeit geworden ist. Wir sehen mit Freude, wie das Klassenbewußte, Marschierende Proletariat in diesen Kämpfen stets und ständig mehr die feige Knechtsgebärde der früheren Zeiten abstreift, wie es sich zu dem Selbstbewußtsein freier Männer und der Kämpfer für ein großes Ideal durchringt und wie alle diese Proletariatsmassen sich mit dem stolzen Bewußtsein erfüllen und dafür kämpfen: in unseren Händen, in den Händen der deutschen Sozialdemokratie, der internationalen Sozialdemokratie ruht die Zukunft und das Wohl unseres Vaterlandes und der ganzen Welt!“

Der zweite Zentrumsredner Gröber wandte sich insbesondere gegen neue Steuern und nicht zuletzt gegen die Erbschaftssteuern, die Bethmann indirekt angekündigt hat. Sozialpolitik soll weiter getrieben werden in den bekannten homöopathischen Dosen, für die das Zentrum allenfalls zu haben ist. Soll man nach dem anmaßenden und provozierenden Auftreten des „sozialpolitischen Flügels“ im Zentrum schüchtern, deren Wortführer Giesberts sich bei der Kartoffel-Interpellation unliebsam bemerkbar machte, so ist diesen Leuten auch der letzte Rest sozialpolitischer Einsicht abhanden gekommen.

Ganz energisch wandte sich am fünften Tag der Etatsdebatte der konservative „Gans Edler zu Putlitz“ gegen die Ebanfallsteuer. Auch der Abbau der Zölle wird von ihm bekämpft und die Brauntweinliebesgabe muß aufrechterhalten werden.

Da die Regierung sicher nach diesem Rezept weiter zu wursteln gedenkt, bleibt für den denkenden Arbeiter die unbedingte Pflicht, den Brauntweinbojkott aufs strengste durchzuführen. Alle unsere Kollegen sollten sich gegen-ständig besser in Kontrolle nehmen und dafür sorgen, daß durch diese Selbsthilfe den Junkern die Liebesgabe geschmälert wird.

Für den linken Flügel der Nationalliberalen sprach der verstoffene Vizepräsident Paasche. Er gab den Vorwurf des Grafen Westarp zurück, daß sie Schrittmacher der Sozialdemokraten seien. Jedenfalls seien es die Konservativen dreimal mehr. Wozu bemerkt sein mag, daß beides stimmen kann, nur anders, wie die Herren meinen.

Nach den recht scharfen Worten des Fortschrittlers Gothein gegen die Regierung, erhob sich noch einmal die „Reichsgouvernante“ und verteidigte ihren ganz unmotivierten Angriff auf den Vizepräsidenten Scheidemann. Wie

beinahe während der ganzen Etatsrede schloß auch dieser Tag mit einer Präsidialdebatte.

Während in früheren Jahren die Etatsdebatten sich oft genug zu „Sozialistende-batten“ auswuchsen — nicht zum Schaden der Arbeiterpartei! —, wurde diesmal etwas weniger auf diesem Gebiet geleistet, wenn man von den schon ange-deuteten Expektorationen des Kanzlers absieht, der nun mal seine Reichsverbandswalze abliefern mußte.

So konnte am letzten (6.) Tage der Sozialdemokrat Dr. David in großzügiger Weise das ganze Gebiet der Reichspolitik aufrollen. Während die großen Massen des Volkes um die notdürftige physische Existenz ringen, ist die Zahl der vielfachen Millionäre von 1895 bis 1910 in Preußen von 5300 auf 9300 gestiegen. Und da haben die herrschenden Klassen den Mut, sich auch fernerhin um die Erbschaftssteuern zu drücken. Treffliche Argumente führte David ins Feld, um die Unhaltbarkeit des Vertrüstsens nachzuweisen und die wahren Reichsfeinde zu brandmarken. Das Volksgericht von 1907 sollte ein „Gottesgericht“ gewesen sein, nach Meinung des Reichsverbandes. Um wieviel mehr war es dann aber das Volksgericht von 1912 (die Reichstagswahlen). Mit Gründlichkeit und Schärfe zerplückte der Redner die phantastischen Revolutionsgebilde, die von den Konservativen gegen die Sozialdemokratie immer wieder vorgebracht werden. Nach einer gründlichen Abrechnung mit den „preussischen Mandichuks“, den Junkern, faßte David sich dahin zusammen:

„Die Sozialdemokratie ist der Ausdruck der aus der Tiefe der Gesellschaft aufwärts strebenden Kräfte. Die Millionen, die heute unter schwerer, erschöpfender Arbeit um ihre Existenz kämpfen, die so gut wie ausgeschlossen sind von all den höheren Kulturwerten, mit denen Wissenschaft und Kunst das Leben des Menschen verschönern können, die Millionen, die bedrückt und bevormundet sind, die sich überall als Bürger zweier Klasse behandeln lassen müssen, diese Millionen wollen aufsteigen zu einer menschenwürdigen Existenz. Beseitigung des Zwanges zur Massenarmut, Entfaltung aller Kräfte und aller Glücksmöglichkeiten, das ist das große Ideal, das große Entwicklungsziel, dem die Sozialdemokratie lebt.“

Mit dieser Rede war der Höhepunkt der Etatsreden und zugleich ihr diesjähriger Abschluß erreicht. Ein letztes Wortgeplänkel um die „welterkütternde“ Präsidialfrage und der erste Auftakt des neuen Reichstags war zu Ende. *

Wir haben versucht, den Kern aus den ständigen Debatten hier herauszuschälen. All die Zehntausende, die mit fieberhaftem Eifer ihr Bestes bei der Reichstagswahl mit einbrachten, die von den Doppelerfolgen (Stimmen und Mandate) freudig überrascht waren, werden gewiß besonders diesen ersten Parlamentstagen ein erhöhtes Interesse entgegengebracht haben. Keiner hat eine Enttäuschung erlebt. Unsere Vertreter sind von Beginn bis Ende auf jener Höhe gewesen, die nur durch den innigen Kontakt und die Resonanz mit den Millionen entsteht, wie sie die Arbeiterpartei besitz.

Andererseits wäre es verfehlt, uns der Illusion hinzugeben, als müßte jetzt ganz sicher eine neue Epoche des deutschen Parlamentarismus herannahen. Wir haben schon auf die schwankende Erscheinung vieler Nationalliberalen hingewiesen, die jetzt mit den sadenscheinigsten Gründen kommen, um sich bei der Neuwahl zum Reichstagspräsidium (Mitte März) eventuell auf die rechte Seite schlagen zu können.

So verbleibt für freihetlich positive Ausgestaltung Deutschlands nicht gar zuviel zu erwarten in nächster Zeit. Aber wir können allen geplanten Angriffen wider das Koalitions- und Streitrecht doch mit kraftvoller Abwehrtat begegnen. Und je stärker im Lande die gewerkschaftlichen wie politischen Arbeiterorganisationen gedeihen, um so unwahrscheinlicher wird es, daß die Mächte der Finsternis und Reaktion noch einmal die Oberhand gewinnen.

Beitrag und Leistung in unserm Verbands.

11. (Schluß.)

Haben wir uns in Nr. 7 der „Gewerkschaft“ mit den Gründen für die Notwendigkeit der Beitragserhöhung beschäftigt. Diese Frage gewissermaßen von allgemeinen Gesichtspunkten behandelt, so wollen wir in nachfolgendem mehr zahlenmäßig nachweisen, warum die bessere finanzielle Forderung unserer Organisation erforderlich ist.

Betrachten wir vorerst unsere Stellung den anderen freien Gewerkschaften gegenüber, so zeigt sich, nach dem Stande von 1910, daß wir hinsichtlich unserer Mitgliederzahl unter 57 Verbänden an 15. Stelle marschieren, bei Berechnung der absoluten Einnahmefähigkeit, also die Gesamteinnahme aus den Stöpf der Mitglieder verteilt, stehen wir hingegen mit 22,55 Mk. im Jahresdurchschnitt an 42. Stelle. Die für uns in der Hauptsache in Betracht kommenden Verbände weisen demgegenüber bedeutend höhere Züge auf; so die Fabrikarbeiter 22,80 Mk., Transportarbeiter 23,21 Mk., Steingerber 30,67 Mk., Metallarbeiter 31,96 Mk. und Panbillsarbeiter 51,18 Mk., weniger weisen nur auf die Gärtner mit 22,02 Mk. und die Maschinisten und Heizer mit 20,16 Mk. Eine niedrigere Gesamteinnahme wie wir hatten nur 15 Verbände. Aber selbst sie bewegen sich in der Mehrzahl der Fälle in der Nähe unserer Durchschnittsgrenze von rund 20 Mk. Also nur verhältnismäßig wenige kleinere Verbände sind in der Beitragsfrage rückständig geblieben.

Nach dem normalen Wochenbeitrag berechnet, also ohne Einzurechnung der Lokalzuschläge, haben 31,22 Proz. aller Gewerkschaftsmitglieder einen solchen bis zu 10 Pf. pro Woche, 25,76 Proz. von 11 bis 50 Pf., 31,12 Prozent von 51 bis 60 Pf. und 8,90 Proz. über 60 Pf. Hier gehören wir zur niedrigsten Stufe, zu den 31,22 Proz., welche bis zu 40 Pf. Beiträge erheben, während die anderen 68,78 Prozent über 40 Pf. zahlen. Selbst unter Berücksichtigung des Umstandes, daß wir als Gemeindegewerkschaften manche Nutzen nicht haben, die andere Verbände machen müssen, stehen wir doch in der Beitragshöhe ziemlich hinten an.

Ganz selbstverständlich ergeben sich demgemäß auch die Leistungen. Für niedrige Beiträge können eben keine hohen Unterstützungen und sonstige Vorteile erworben werden. Den besten Beweis dafür erhalten wir, wenn wir feststellen, welchen Stand wir in den einzelnen Unterstützungsarten einnehmen. So stehen wir hinsichtlich der Arbeitslosenunterstützung mit 0,51 Mk. pro Mitglied unter 13 Verbänden an 10. Stelle, während deren niedrigster Zug 0,08 Mk., der höchste Zug 16,01 Mk., und der Durchschnitt 1,17 Mk. beträgt. Bei der Krankenunterstützung marschieren wir mit 3,47 Mk. unter 51 Verbänden an 25. Stelle, der niedrigste Zug ergibt da 0,01 Mk., der höchste 16,25 Mk. und im Durchschnitt 3,92 Mk. Bei der Beihilfe in Sterbefällen stehen wir allerdings mit oben an, da rangieren wir mit 0,99 Mk. unter 17 Verbänden an 5. Stelle bei einem Niedrigstzug von 0,02 Mk., einem Höchstfuß von 1,37 Mk. und einem Durchschnitt von 0,13 Mk. Der anderen Verbände. Bei der Notfallunterstützung ergeben 50 Verbände einen Durchschnitt von 0,11 Mk., der niedrigste Zug ist 0,1 Pf., der höchste Zug 2,52 Mk.; wir stehen an 31. Stelle mit 0,18 Mk. Nebenbei so ergibt es bei der Gemahregeltenunterstützung. Da stehen wir unter 13 Verbänden mit 0,16 Mk. an 30. Stelle, während der Durchschnitt 0,2 Mk., der niedrigste Zug 0,1 Pf. und der Höchstfuß 3,12 Mk. beträgt. Die Streifenunterstützung im Verste sieht uns unter 50 Verbänden mit 1,05 Mk. an 17. Stelle, bei einem Niedrigstfuß der anderen Verbände von 0,01 Mk. und einem Höchstfuß von 18,72 Mk., sowie einem Durchschnitt von 7,61 Mk. Bei der Streifenunterstützung für andere Gewerk-

schaften stehen wir unter 41 Verbänden mit 0,70 Mk. an 21. Stelle, während der niedrigste Zug 0,03 Mk., der höchste Zug 2,32 Mk. und der Durchschnitt 0,61 Mk. beträgt. Beim Rechtschutz haben wir unter 52 Verbänden mit 0,10 Mk., die 31. Stelle inne, der niedrigste Zug beträgt dabei 0,01 Mk., der höchste 0,61 Mk. und der Durchschnitt 0,17 Mk. Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, daß wir mit Ausnahme der Sterbefälle oftmals ganz bedeutend unter dem Durchschnitt zurückbleiben.

Besonders beachtenswert sind auch Vergleiche zwischen der Unterstützungsabteilung unseres Verbandes und der für uns speziell gegenüberzustellenden Organisationen. So zählten 1910 pro Stöpf:

	Gemeinde- arb.	Bau- arb.	Fabrik- arb.	Gärt- ner	Maschi- nisten	Metall- arb.	Transp- arb.
Arbeitslosigkeit.	0,54	—	2,—	1,59	1,98	3,96	2,09
Krankheit . . .	3,47	2,26	4,66	0,28	3,52	6,65	4,22
Sterbefälle . . .	0,99	0,52	0,33	0,23	0,70	0,40	0,54
Notfälle . . .	0,18	0,13	0,26	—	0,16	0,25	0,24
Mafregelungen	0,16	0,14	0,30	0,05	1,18	0,47	0,52
Rechtschutz . . .	0,10	0,34	0,06	0,23	0,11	0,10	0,26
Streiks . . .	1,05	34,15	6,17	3,64	3,29	9,05	3,52

Die Gesamtsummen der ausgezahlten Unterstützungen betragen:

	Mk.	ohne Streifenunterst. pro Stöpf		mit Streifenunterst. pro Stöpf	
		1909	1910	1909	1910
Bei den Gemeindegewerkschaften	4,58	5,44	8,48	6,99	
„ „ Bauarbeitern . . .	3,86	3,55	13,96	37,70	
„ „ Fabrikarbeitern . . .	9,39	9,09	12,69	14,30	
„ „ Gärtnern	4,01	2,48	4,64	6,38	
„ „ Maschinisten	7,36	7,08	8,21	11,12	
„ „ Metallarbeitern . . .	29,31	12,76	22,88	21,81	
„ „ Transportarbeitern . .	7,77	7,96	9,16	11,55	

Aus diesen Zahlen ist klar und deutlich ersichtlich, daß in punkto Unterstützungsweisen bei uns noch manches reformbedürftig ist. Wenngleich das Unterstützungsweisen nicht Selbstzweck der Gewerkschaften ist, so haben sich doch die Mitglieder der Gewerkschaften mit den Jahren daran gewöhnt, entsprechend hohe Unterstützungen von ihrer Organisation in Anspruch zu nehmen, da Staat und Kommune ihren Verpflichtungen hierin nicht gerecht wurden. Auch unsere Züge müssen dementsprechend eingerichtet werden.

Es wird nun sicher wieder darauf hingewiesen, daß wir als Gemeindegewerkschaften nicht soviel mit Arbeitsniederlegung zu rechnen haben wie andere Gewerkschaften. So wie wir aber die recht unlieblichen Begleitererscheinungen in unserem Wirtschaftsleben und gleichzeitig die Kampfmethoden unserer Gegner zu verspüren bekommen, werden wir wohl oder übel zu energischem Eingreifen und ab und zu auch einmal zu schärferen und größeren Kämpfen veranlaßt. Daß wir dann mit dem bisherigen verhältnismäßig geringen Kampffonds nicht auskommen, ist nur zu erklärlich. Das hat ja schon unser vieler Kämpf bewiesen. Währendem wir sonst immer und immer mit unserem Vermögensstand in die Höhe gegangen sind, er betrug im Jahre 1908 die Summe von 331 219,08 Mk., fiel er infolge der Ausgaben für den vieler Streik auf 326 777,27 Mk. zurück. Ist dieser Rückgang nominell zwar gering, so äußert er sich doch, auf den Kopf der Mitglieder berechnet, deren Zahl im Jahre 1909 um rund 3000 höher war als im Jahre 1908, in einem Rückgangsbetrage von 1,99 Mk.; er fiel von 13,59 Mk. auf 11,60 Mk. pro Mitglied. Daraus ist zu ersehen, wie durch derartig umfangreiche Kämpfe unsere Masse stark in Mitleidenchaft gezogen werden kann. Wenn nun mehrere solcher Kämpfe zusammenfallen, so ist ganz erklärlich, daß die Verbandsfinanzen recht bald aufgebraucht werden. Es gilt daher, nicht erst zu warten, bis solche Eventualitäten an uns herantreten, sondern beizeiten dafür zu sorgen, daß uns die Mittel selbst bei größeren Kämpfen nicht so bald ausgeben. Auf weit liegende Ver-

kräftigen später eventuell winkende Vorteile wollen sich unsere Kollegen auch nicht immer einlassen, also deshalb schon ist die rechtzeitige finanzielle Stärkung unseres Verbandes geboten.

Neben dem vorerörterten Zweck kommen aber die gesteigerten Züge und die längere Unterstützungszeit bei der Erwerbslosigkeit in Frage. Versuchen wir es, für die gesteigerten Ausgaben bestimmte Ansätze in Anrechnung zu bringen — genau festlegen werden sie sich sowieso nicht, es kann nur ungefähr berechnet werden, in welchem Maße diese Ausgaben steigen werden — so geben wir wohl nicht fehl, wenn wir für die um 2 Mk. bzw. 1,50 Mark gesteigerten Züge, die natürlich auch für die längere Unterstützungszeit in Berechnung zu setzen sind, eine Steigerung der Pro-Stopf-Ausgabe für Erwerbslosenunterstützung um ein Drittel in Ansatz bringen. Für das vierte Quartal 1910 bis zum dritten Quartal 1911 betrug der Unterstützungsstab pro Stoff und Woche 8,11 Pf. oder 1,22 Mk. pro Jahr. Diese Züge würden sich also erhöhen um 2,70 Pf. pro Woche oder 1,11 Mk. pro Jahr, demnach auf 10,81 Pf. pro Woche oder 5,43 Mk. pro Jahr. Bei unserer Berechnung können wir ohne weiteres die verhältnismäßig geringe Zahl der weiblichen und jugendlichen wie derjenigen männlichen Mitglieder, die unter 16 Mk. verdienen, ansichalten, da sie ja im Durchschnitt 5 Proz. unserer Mitgliederzahl ausmachen. Sie würden also gar keine entscheidende Rolle bei der Ausgabensteigerung spielen. Demnach steht fest, daß bei der 40 Pf. Klasse sowohl wie bei der 50 Pf. Klasse von vornherein 2,7 Pf. vom Wochenbeitrag in Abzug zu bringen sind, so daß demnach für die größere Stammfähigkeit der Organisation bei der 40 Pf. Klasse, die allerdings auch nur ein Geringses der Gesamtmitgliederzahl umfaßt, 2,3 Pf. übrig bleiben, während bei der 50 Pf. Klasse, die nach den bisherigen Zeitstellungen reichlich 90 Proz. aller unserer Mitglieder umfaßt, 7,3 Pf. übrig bleiben. Das wären pro Jahr rund 150.000 Mk., die wir aber in Zukunft auch unbedingt als Rücklage brauchen, wenn wir uns den vorher schon geschilderten Gefahren nicht aussetzen wollen.

Nun zu einigen Einwendungen gegen die Beitragserhöhung. Eine Anzahl unserer Mitglieder führt besonders ins Feld, daß sie es nunmehr satt haben, fortwährend Beitragserhöhungen mit in Kauf zu nehmen. Man soll das Wettrennen der anderen Organisationen nicht mitmachen. Dabei vergessen die Kollegen nur zu leicht, daß die ganze Steigerung der Beiträge sich lediglich aus den größeren Ansprüchen der Arbeiter an die Organisationen ergibt, daß die Kollegen bei allen Wechseln des Lebens von ihrer Organisation Unterstützung verlangen und daß infolgedessen, wenn sie mehr haben wollen, ganz selbstverständlich auch mehr einzahlt werden muß. Also dieser Einwand ist leicht zu entkräften, da ja die Beitragserhöhung nur notwendig wird, wenn die Ansprüche der Mitglieder sich erhöhen, die nicht eine Marotte einzelner Kollegen ist, welche, um mit höheren Unterstützungsstufen zu prangen, andere Gewerkschaften aus dem Felde schlagen wollen. Es dürfte aber auch nicht verkannt werden, daß unsere Kollegen sehr leicht geneigt sind, den betreffenden Organisationen den Vorzug ihrer Zugehörigkeit zu geben, die ihnen höhere Unterstützungsstufen gewähren. Aus diesem Grunde ist die Frage auch von dieser Seite zu betrachten.

Dann hat man in neuerer Zeit gehört, daß einzelne Kollegen die allgemeine Forderung gegen die Beitragserhöhung ins Feld führen. Sie erklären, daß es unmöglich sei, bei den schon gesteigerten Ausgaben für alle Bedarfsartikel nun auch noch die Beiträge für die gewerkschaftliche Organisation in die Höhe zu schrauben. Dem ist entgegen zu halten, daß gerade die Forderung unsere Kollegen veranlaßt, auch bei allen Notfällen, Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. höhere Unterstützungsstufen zu verlangen, um mit diesen besser

auskommen bzw. ihre Familie besser erhalten zu können. Die Forderung veranlaßt sie auch, höhere Löhne zu verlangen. Ohne entsprechende Beiträge kann das die Organisation aber nicht leisten. Infolgedessen ist die Beitragserhöhung eine Notwendigkeit und nicht mit diesem Einwand der Forderung abzuweisen.

Verdientlich haben die Kollegen auch ins Feld geführt, daß sie diesen oder jenen Unterstützungszeit nicht brauchen. An einem Orte ist die Arbeitslosigkeit gering, an anderen werden wieder die Krankenunterstützung und ähnliche Zweige der Unterstützungen nicht in Anspruch genommen. Infolgedessen glauben die Kollegen, sich gegen die Steigerung dieser Unterstützungen ausprechen zu müssen. Aber auch das wäre verkehrt, denn wenn an einem Orte die Kollegen dergleichen auch nicht nötig haben, so ist an anderen Orten das um so mehr geboten, weil dort zu verschiedenen Zeiten das Gegenteil von dem sich geltend macht, was an anderen Orten nicht zu verzeichnen ist. Hier kommt eben die Solidarität der Arbeiter zur Geltung.

Alles in allem müssen wir immer wieder verüben, daß die Beitragserhöhung in der Jetztzeit eine unbedingte Notwendigkeit geworden, daß vornehmlich auch sie zahlenmäßig nachgewiesen. Soll nun unsere Organisation in gleicher Weise wie bisher in Reich und Glied mit anderen Gewerkschaften mithalten, und die Kollegen so unterstützt werden, wie sie es selbst wünschen, dann läßt sich die Beitragserhöhung, wie sie vorgeschlagen, nicht umgehen. Es wäre nur zu hoffen, daß wir auf dem nächsten Verbandstage nach dieser Richtung hin die Kollegen einstimmig sehen wie auf dem letzten Verbandstage, damit durch ihre Weisheit die Ausgestaltung unserer Organisation so fortgeschritten, wie der größte Teil der Mitglieder das schon seit Jahren erleben. Immer und immer wieder müssen wir uns daran erinnern, daß die Beitragserhöhung in der Hauptsache der größeren Stammfähigkeit unserer Organisation gilt, eingedenk der schon erwähnten Tatsache, daß mit Begeisterung allein Lohnbewegungen nicht durchzuführen sind.

Worte und Taten der Stadtverordnetenmehrheit in Elbing.

Am 16. Februar verhandelte die Stadtverordnetenversammlung Elbings eine Eingabe des Arbeiterausschusses um Einführung von Sommerurlaub für alle hiesigen Arbeiter, Verfüzung der Arbeitszeit für die Feuerhausarbeiten, Maschinen und Deizer auf 8 Stunden und Erhöhung des Lohnes für die Straßenreiniger.

Ueber die Art und Weise, wie die Stadtverordnetenmehrheit und Magistratsmitglieder die Angelegenheit behandelt haben, brachte die „Elbinger Zeitung“ einen Bericht, den wir als „Kulturdokument“ hier auszugsweise zum Abdruck bringen.

Auf die Eingabe des hiesigen Arbeiterausschusses um Einführung von Sommerurlaub, achttündige Arbeitszeit bei den Heizern, Maschinen und Feuerhausarbeitern und Erhöhung des Tagelohnes der Straßenreiniger auf 3 Mk. stellte der Magistrat zur Kenntnisnahme mit, daß es sich bei der Eingabe nicht um den hiesigen Arbeiterausschuß handle, sondern um die Eingabe eines Königsberger Gausleiters, die einer Versammlung im Vereinsgarten vorgelegt und von einigen zufällig anwesenden Mitgliedern des Arbeiterausschusses unterschrieben worden ist. Eine Unterschrift ist erst nachträglich von einem Mitgliede gemacht worden, das an der Versammlung gar nicht teilgenommen hat. Da die Eingabe also nicht in sachgemäßer Weise von dem Arbeiterausschuß an den Magistrat gelangt ist, hätte der Magistrat auch keine Veranlassung gehabt, darauf einzugehen. Er hat es aber trotzdem getan und ist zur Ablehnung aller drei Punkte gekommen. Die Einführung einer achttündigen Arbeitszeit in drei Schichten bei den Feuerhausarbeitern würde 13.000 Mk. Mehrkosten verursachen. Zudem hat Herr Gaswerksdirektor Jwara erklärt, daß mit der achttündigen Arbeitszeit in Grundens keine guten Erfahrungen gemacht worden sind. Eine Nachwirkung auf die andere Arbeiterschaft und auf die Industrie würde nicht ausbleiben. Die Straßenreiniger erhalten in Elbing 2,70 und 2,80 Mk. Tagelohn. Diese Löhne gehen bereits über das Maß der Löhne ungelerneter Arbeiter anderer hiesiger Betriebe hinaus. Der ortsübliche Tagelohn beträgt in Elbing 2,50 Mk. Die Straßenreiniger, die seit einem halben Jahre tätig sind, haben früher weniger

erhalten. Im vorigen Jahre sind die Arbeiterlöhne geregelt worden, im vorjährigen erhalten auch die Straßenreiner Vorkzulagen. Bei der Gewährung von Sommerurlaub besteht in der städtischen Verwaltung der Grundsatz, daß er nur dann gewährt wird, wenn Vertretungskosten nicht entstehen.

Wie der Berichterstatter Herr Justizrat Schulze hinzusetzte, hat die erste Abteilung die Eingabe durch die Antwort des Magistrats für erledigt erachtet und beantragt, über diese Sache ohne Erörterung zur Tagesordnung überzugehen. (3) Doch zog er den Antrag nach kurzer Debatte zurück.

Herr Trilse suchte darzulegen, daß die Eingabe vollkommen ordnungsmäßig erfolgt sei. Im Herbst v. J. sei der Arbeiterausschuß an den Magistrat herangetreten, dieser habe die Eingabe abgelehnt. In den Sitzungen des Arbeiterausschusses sei enthalten, daß dem Arbeiterausschuß das Recht zustehe, sich an die Stadtverordneten zu wenden. Auf die Sache selbst eingehend, betonte Herr Trilse, daß in 75 Gaswerken von 56 Gemeinden die achtstündige Arbeitszeit eingeführt sei; die Werte haben damit keine ungünstigen Erfahrungen gemacht. Gerade der Beruf der Feuerhausarbeiter einer Gasanstalt gehöre zu den gesundheitsgefährlichsten. An weit über 100 Orten in Deutschland besteht der Sommerurlaub für die städtischen Arbeiter. Die Antwort des Magistrats sei außerordentlich scharf.

Herr Erster Bürgermeister Dr. Merx: Der Magistrat bedauert es außerordentlich, daß es wiederum ein Stadtverordneter sei, der die Arbeiter veranlaßt hat, nicht den richtigen Weg zu gehen, wie es seinerzeit von den städtischen Körperschaften beschlossen worden ist. Nach den Sitzungen des Arbeiterausschusses sieben Mitglieder, die über die Beratung ein Protokoll zu führen und dem Verkehrsleiter vorzutragen haben, der es dann dem Magistrat oder der betreffenden Jurisdiktion einreicht. Eine Sitzung des Arbeiterausschusses hat in diesem Falle überhaupt nicht stattgefunden. Die Eingabe ist von vier Personen unterschrieben, die zufällig Mitglieder des Arbeiterausschusses sind. Es sind nicht allen Beamten ein Urlaub gewährt, sondern nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen. Alten, langgedienten Arbeitern wird bereits ein kurzer Urlaub gewährt. Gas und Wasserwerk werden in diesem Jahre je 2000 Mk. weniger ab, so daß die achtstündige Arbeitszeit, die der Stadt 13000 Mk. kosten würde, nicht einzuführen ist. Die Arbeiter würden auch damit nicht zufrieden sein, hat das jetzige Lohnes nur einen für acht Stunden zu erhalten. (3) Wenn wir den Straßenreiner 2 Mk. geben, was ich ihnen herzlich gern gönne, so würden die übrigen Arbeiter auch kommen. Es ist nicht möglich, ohne erhebliche Mehraufwendungen den Forderungen der Eingabe nachzukommen.

Herr Sanitätsrat Dr. Meber: Die Antwort des Magistrats ist außerordentlich milde. Herr Trilse ist bereits früher einmal mit einer derartigen Eingabe gekommen. Glaube Herr Trilse, daß wir dazu da sind, hier leeres Stroh zu dreschen? Was würden die 10 oder 11 Herren — ob ich Herrn Rindermann miteinreden darf, weiß ich nicht — sagen, wenn es umgekehrt wäre? Herr Trilse tut so, als wenn er der Hüterherr ist, alles weiß und uns gute Ratschläge geben will. Ist Herr Trilse denn Feuerhausarbeiter gewesen? Soviel ich weiß, nicht.

Herr Rechtsanwalt Verminohn: Wir können dem Magistrat nur voll ständig beipflichten. Ich fürchte nur, daß das, was an Agitation von Herrn Trilse und seinen Freunden geleistet ist, ihnen sehr unangenehm werden kann, denn gerade eine derartige Agitation kann dazu führen, daß dasjenige, was einmal beschlossen worden ist, wie die Einführung des Arbeiterausschusses, wieder zur Aufhebung gelangt. Es wird von Herrn Trilse außer acht gelassen, daß wir eine stämmige und kein Privatvertrieb sind. Wir müssen daher auf alle Kreise der Bevölkerung gleichmäßig Rücksicht nehmen. Der Magistrat hat bis jetzt ein außerordentlich hohes Wohlwollen an den Tag gelegt. Der Magistrat zahlt nicht, sondern die Gemeinde, und er darf nicht lediglich daran denken, wie er die Arbeiterverhältnisse bessert. Hat der Magistrat nicht immer die Arbeiterfrage im Auge gehabt? Im vorigen Jahre hat er eine Erhöhung der Löhne und das Alterssystem eintreten lassen. Die Arbeiter arbeiten nur mechanisch, und diese Tätigkeit nimmt mit zunehmendem Alter ab, und die Erhöhung der Löhne mit zunehmendem Dienstalter ist daher eine äußerst soziale Maßregel. Wenn wir immer dem Magistrat die Hände binden, dann kann er nicht die Mittel für andere Aufgaben bereit haben. Unsere Stadtverordneten können es sich zu einer gewissen Ehre anrechnen, daß sie sich die Verbesserung der sozialen Verhältnisse angelegen sein lassen. Wir haben stets ein warmes Herz an den Tag gelegt, wenn es die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen galt. Wir haben Mittel aufbringen müssen vielfach für Leute, die wir für schlecht dastehend halten und die es doch nicht sind, weil sie feste Arbeit haben. Sie können versichert sein, daß der Magistrat auch fernerhin, wie er es bis dahin getan hat, das Interesse der Arbeiter im Auge haben wird. Nicht nur mit Worten, sondern auch mit der Tat. Mehr können Sie nicht verlangen.

Der erste Bürgermeister hat den Stadtverordneten Dinge erzählt, die beweisen, daß er nicht genau schriftstellend hat, wie sich die Dinge abspielen haben.

Es stimmt nicht, daß es sieben Ausschußmitglieder sind. Wahr ist vielmehr, daß zu der Zeit, als die Eingabe eingereicht wurde, nur sechs Mitglieder vorhanden waren. Somit haben zwei Drittel der Ausschußmitglieder die Eingabe unterschrieben. Damit genügen sie der vorgeschriebenen Norm vollständig. Die Verammelten schreiben ausdrücklich vor, daß einfache Mehrheit entscheidet. Dazu

kommt noch, daß die Eingabe, wie Stadtv. Trilse richtig sagte, schon einmal den vorgeschriebenen Weg gegangen war und erst nach der Ablehnung durch den Magistrat nunmehr der Stadtverordnetenversammlung unterbreitet wurde. Von Disziplinbruch sollte man mündigen Bürgern der Stadt Elbing gegenüber nicht erst reden. Sie werden dadurch nicht unter Ausnahmerecht gestellt, daß sie gegen die schabigen Löhne bei der Stadt Stellung nehmen. Direkt lächerlich wirkt es, wenn seitens des Magistrats gesagt wird, daß man die elenden Löhne der Straßenreiner von 2,70—2,80 Mk. täglich nicht erhöhen könne, weil sonst die anderen Arbeiter auch kämen und mehr Lohn haben wollen. Werden denn die Arbeiter von solchen Reden satt? Der erste Bürgermeister weiß sehr wohl, wie teuer die Lebensmittel in Elbing sind, denn er hat ja selbst nach kurzer Tätigkeit sich eine Zulage von 2000 Mk. jährlich geben lassen. Da waren aber die Herren Meier und Genossen damit einverstanden. Sie zerkerten nicht über die Begehrlichkeit und die bösen Redewirkungen auf die Privatindustrie! Die faulste Ausrede ist jedoch die, daß die Löhne ausreichend seien, weil sie noch 20 Pf. täglich mehr betragen, als der ortsübliche Tagelohn ausmacht! Das nennt sich dann noch „fortschrittliche“ Kommunalverwaltung!

Herr Meier scheint bei Oldenburg während der Wahlzeit Schule gemacht zu haben, denn ihm war die Schwarzmacherei des ersten Bürgermeisters noch viel zu milde. Vielleicht wird er den Antrag stellen, den städtischen Arbeitern annähernd Lohn täglich Krügel zu verabreichen. Dann wäre die soziale Frage am Ende in seinem Sinne gelöst. Leeres Stroh will der Herr nicht dreschen. Das ist recht. Schade, daß er es dennoch tut! Doch er hat die gebührende Antwort durch Trilse erhalten. Auf eins weisen wir aber nochmals ausdrücklich hin, daß Trilse mit den Eingaben der städtischen Arbeiter nichts zu tun hat. Die „Volkswacht“ hat schon im Frühjahr vorigen Jahres geschrieben, daß derjenige, der das Gegenteil davon behauptet, ein Lügner ist.

Die städtischen Arbeiter haben nunmehr zu der Sachlage Stellung genommen und beschlossen einstimmig folgende Resolution der Verwaltung des Gaswerks zuzustellen, damit diese auf dem vorgeschriebenen Wege dem Magistrat zugeht. Die Resolution enthebt uns der Notwendigkeit, uns mit Herrn Lewinjohn auseinanderzusetzen. Sie gibt ihm auf seine Anzuspinnungen die richtige Antwort:

„Die am 23. Februar im Saale Holzstraße 4 zahlreich versammelten Handwerker und Arbeiter der städtischen Betriebe Elbinge stellen mit freier Empörung fest, daß die Mehrheit der Stadtverordneten Versammlung ihre Anträge auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abgelehnt hat.

Die Versammelten weisen mit aller Entschiedenheit die Behauptungen zurück, daß die Arbeiterseite den vorgeschriebenen Zwangswege nicht eingehalten und dadurch einen Disziplinbruch begangen haben soll. Die Versammelten sind sich darüber einig, daß der Arbeiterausschuß sowie auch die Arbeiter den vorgeschriebenen Weg gegangen sind. Somit sind die gegenteiligen Behauptungen unzutreffend.

Die Versammelten nehmen des weiteren davon Kenntnis, daß der Arbeiterausschuß aufgelöst werden soll, wenn er, wie diesmal, sich im Sinne seiner Auftraggeber (der Arbeiter) betätigt und die Anträge der Arbeiter bis zur letzten Sitzung durchzuführen versucht. Die Versammelten sprechen den Ausschußmitgliedern ihr volles Vertrauen aus und fordern sie auf, als Protest gegen die ungerechten Angriffe ihre Ämter niederzulegen.

Die Versammelten fordern ihre Arbeitskollegen auf, sich unzerzählich der zuständigen Organisation anzuschließen, um im geeigneten Augenblick die abgelehnten Anträge mit allen ihnen zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitteln durchzuführen. Die Verbändeleitung wird beauftragt, alle notwendigen Vorbereitungen zu treffen, um den unvermeidlichen Kampf siegreich durchführen zu können.

Zum Schluß appellieren die Versammelten an die gesamte Arbeiterschaft Elbinge, sie in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe zu unterstützen und vor Verdingung des Lohnkampfes keine Arbeit in städtischen Betrieben anzunehmen.“

Die städtischen Arbeiter haben gezeigt, daß Vorgesetzten nicht gilt. Eine rechtsonderbare Rolle spielten zwei „Arbeitervertreter“, Herren der Hirsch Dunderschen und Zentrumschützenden Gewerkschaften. Der eine ging vor der Abstimmung fort, und der andere Herr sah zwischen zwei Stühlen eingeklemmt und konnte somit natürlich kein Wort für die zu Unrecht angegriffenen Arbeiter einlegen. Beide haben somit gezeigt, daß sie nicht geeignet sind, sich der faulsten entlohnenden und obendrein bedrückten Arbeiter anzuschließen. Sie haben genau so gehandelt wie die bürgerliche Presse Elbinge, die zwar die ungerechten Angriffe der Gegner zum

Abdruck brachte, aber die Abfuhr, die diese Vorhelfen von Trübsal erhielten, verschwieg.

Die Arbeiter Elings wissen nun genau, was sie von diesen Vertretern und von solcher Presse zu halten haben, und werden danach handeln. Die gerechte Sache der jüdischen Arbeiter werden die Herren nicht dauernd zurückhalten können. Die Folgen ihrer Handlungsweise werden sie als die trauernden Hinterbliebenen aber selbst tragen müssen.

Krankenkassenwesen in den Gemeindebetrieben der Stadt Breslau.

Preußen geht bekanntlich in Deutschland voran, nicht im fortschrittlichen, sondern im rückwärtlichen Sinne. Dies gilt auch im Krankenkassenwesen. Während wir in anderen deutschen Bundesstaaten große, für alle Berufe geltende und damit leistungs-fähige Krankenkassen finden, herrscht in Preußen Verwirrung. Jede Berufsgruppe hat ihre Kasse, deshalb sind nur wenige der größeren Massen leistungsfähig. Diese Verwirrung hat sich auch die hiesige Stadtverwaltung zu eigen gemacht. Gegenwärtig bestehen für die hiesigen Arbeiter in Breslau vier weniger als 3 Betriebskrankenkassen. Eine für die Arbeiter der Gas-, Wasser- und elektrischen Werke, eine für die übrigen jüdischen Arbeiter und die dritte ist mit Uebernahme der grünen Straßenbahn in jüdische Regie gekommen.

Während die sogenannte kommunale Betriebskrankenkasse bei niedrigen Beiträgen minimale Leistungen hat, gewährt die Masse für die Gas-, Wasser und elektrischen Werke ein Krankengeld bis zu 21 Mk. pro Woche, allerdings bei hohen Massenbeiträgen. In den letzten Jahren konnte sie aber nicht mehr den vollen geschuldeten Betrag zum Reservefonds zurücklegen. Die Anzahl der Kranken ist zu groß, höher als in der anderen jüdischen Betriebskrankenkasse. Zwei Ursachen sind dafür entscheidend. Die Stadtverwaltung macht die Gewährung von Arbeitslohn von der Bedingung abhängig, daß dienstunfähig werdende Arbeiter erst 26 Wochen Krankengeld beziehen müssen. Man paßt sich hier allzusehr dem Invaliden-versicherungsgesetz an, nach dem ein Arbeiter nicht mehr als ein Drittel des in seinem Berufs üblichen Tagelohnes verdienen darf, wenn er Rente erhalten will. Ferner stellt das Gesetz IV besonders viel Kranke. Es hat die modernsten technischen Einrichtungen, und diese ermöglichen eine intensivere Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft! Eine Verkürzung der Arbeitszeit wäre dringend geboten. Denn nur die Kleinleute haben die Abminderung schicht, Maschinen, Seizer und andere müssen noch 12 Stunden Dienst tun. Die Mobilenfahrer haben Afford, daß dabei der Körper auf das äußerste angegrängt wird, ist nur zu natürlich. Die Stadtverwaltung will aber von einer Verkürzung der Arbeitszeit nichts wissen. Die Verschlechterung der Finanzen in der Krankenkasse sind also im wesentlichen ein Verschulden der Stadtverwaltung.

Um die Finanzen der Masse zu regulieren, machte im Frühjahr 1911 die Stadt Vorschläge zur Reduzierung der Massenleistungen. Die Arbeitervertreter lehnten dies aber wiederholt ab und empfahlen eine Erhöhung der Massenbeiträge. Begründet wurden die Vorschläge damit, daß ja der Magistrat die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld bezahle. Damit erzielte der Massenver-sicherung aber gerade die entgegengesetzte Wirkung. In Breslau entscheiden über die Bezahlung der Lohn Differenz im Krankheits-falle die Betriebsleiter, und da machen denn die Arbeiter ver-schiedentlich die Erfahrung, daß der eine besser wegkommt als der andere. Die wenigen Tausend Mark Beitragsüberhebung übersteigt die Stadtverwaltung zu leisten. Sie rief die Hilfe des Regierungs-präsidenten an, der nunmehr den Vorschlag machte, Vorstand und Generalversammlung solle beschließen, daß das Krankengeld nur ein Drittel zu kurzen sei. Dies waren also Mitzungen bis zu 3,50 Mk. pro Woche gewesen. Das lehnten die Arbeitervertreter ab und betonen, sie seien bereit, die Masse finanziell leistungs-fähig zu machen, indem die Beiträge erhöht werden, und wollten dies in das Protokoll aufgenommen wissen. Dem Massenbeitragsenden schenken dies nicht zu gefallen, und er erklärt eigentümlicherweise, dies in das Protokoll aufzunehmen, sei nebenabstündlich! ? Darauf bestimmte der Regierungspräsident, jedes Mitglied habe die Mittelwerte für die Kommuneangehörigen selbst zu bezahlen. Wohl ist auch dies für die Mitglieder ein Hebel, aber gegen die vorgeschlagene erhebliche Minderung des Krankengeldes doch das Kleinere. Auch wird ja die Pensionierung nicht allzu lange dauern; wenn nämlich der Teil der Reichsübertragungsordnung bezüglich des Krankenkassenwesens in Kraft tritt, müssen ja die Massen statuten geändert werden.

Ein Vorfall verdient noch Erwähnung. Die Arbeitervertreter der kommunalen Betriebskrankenkasse wählten 1911 Genossen Keulrich in den Revisionsausschuß. Als dies in der wieder-hergestellten gemeinsamen Sitzung dem Massenvorsitzenden mit-geteilt wurde, erklärte er, das habe er nicht verdient, daß man ihm zumute, mit einem Sozialdemokraten zusammen zu arbeiten. Da-ber versicherte Genosse Keulrich sein Amt als Revisionsausschuß-mitglied schon seit Jahren in der Masse für die Gas-, Wasser- und elektrischen Werke, und beide Massen haben denselben Herrn als gemeinsamen Vorsitzenden. Was er in der einen Masse allem An-schein nach ganz in der Ordnung findet, betrachtet er in der anderen Masse als unerhörte Zumutung. Das mußte auf die Mitglieder der kommunalen Betriebskrankenkasse vernehmend wirken.

Bei der diesjährigen Generalversammlung wurde nun wieder Genosse Keulrich für den Revisionsausschuß in Vorschlag gebracht. Der Arbeitervertreter im Vorstand, Tischbenderauer Abramowitsch, leitete die Sitzung und meinte, Keulrich in den Revisionsausschuß zu wählen, sei nach dem Massenstatut unzulässig. Als ihm das Unkinige dieser Behauptung nachgewiesen wurde, sagte er, der Vorschlag sei schon voriges Jahr schon unliebsam aufgefallen. Der Abramowitsch gebort also außerdem zu den Arbeiterver-tretern, die zuerst sich fragen, wie mache ich mich oben lieb müß, und die Vertretung der Interessen der Arbeiter kommt erst hinterher.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Vom Reichstag.

Berlin, 24. Februar 1912.
Der Ertrag der Verhandlungen des Reichstages in der dritten Februarwoche ist gering. Es wurde nur vier Tage ver-handelt, und die wichtigsten Verhandlungen waren wenig auf-regend. Nach den stürmischen Wochen, die vorhergingen, schien eine Art Ermüdung eingetreten zu sein.
Die Verhandlungen begannen mit einer Interpellation der sozialdemokratischen und fortschrittlichen Volkspartei. Interpellation heißt Anfrage. Die beiden Par-teien fragten bei der Regierung an, ob sie gewillt sei, angesichts der herrschenden Teuerung den Kartoffel-, Reis- und Futtergetreidezoll aufzuheben. Erhöhen im Interesse der Kartoffel essenden Arbeiterbevölkerung, letztere im Interesse der kleineren Bauern, die vorwiegend Vieh züchten und noch immer schwer unter der Futtermittelnot des Vorjahres leiden. Die Re-gierung erklärte sich bereit, die Anfrage zu beantworten, und so wurde zwei Tage lang darüber diskutiert. Auch bei dieser Dis-kussion stellte sich die völlige Wertlosigkeit der nationalliberalen Partei für eine wirklich volksfreundliche Politik des Volkes der Linken heraus. Es ergab sich, daß die Nationalliberalen sich in dieser Debatte auf die Seite des durch und durch agrarischen blaublauen Reichstags schlugen. Die Debatte wuchs sich in einem Kampf um und wider die im Interesse der Agrarier bestehende Viehdüngungspolitik aus, die bekanntlich die Hauptursache der gegenwärtigen schlimmen Lebensmittelerhöhung ist. Die Nationalliberalen nahmen Partei für die Schutzzölle, also gegen das elementare Lebensinteresse des Volkes. Daran geht hervor, daß diese verwerfliche Schutzpoli-tik noch immer im Reichstag die Mehrheit hat; nur Sozial-demokratie und fortschrittliche Volkspartei sind zuverlässige Gegner derselben. Man wird also erst dann mit dauerndem Erfolg an den Vieh kommen können, wenn die Zimmergeißeln unter den Natio-nalliberalen endgültig von der politischen Bühne beseitigt sind. Die letzten Wahlen haben eben in jeder Beziehung den Auf-schub nach zu wenig weit befragt. Die Regierung merkte sofort, wie der nationalliberale Haie in dieser Debatte lief, und mit Genue-tung folgte er dem Zug ihres Serpens und schlug sich auf die geliebte agrarische Seite. Sie erklärte - im Interesse der Groß-bäuerlicher - Landwirte, daß an eine Aufhebung der Futtermittel-zölle nicht gedacht werde und gehand nur die Verjüngung des Kartoffelzollkolles für diesen einen Winter 1912 zu. Das letztere war doch eine Monzeißen an die verstärkte Macht der beiden Linksparteien, wenn auch nur eine Heine; mehrere Vancen aber geben oftmals leer aus; und das wird nicht eher anders werden, bis auch sie sich in ihrer Mehrheit rein auf die Seite der So-zialdemokraten stellen. Jeder Arbeiter, der vom Land kommt und Beziehungen zu landwirtschaftlichen Kreisen hat, muß die-dabei bemerken, um die Abwanderung in den nächsten Jahren nicht sich aufzuhalten. Die Anklagen von Mund zu Mund ist noch immer wirksamer als alle Versammlungsaktion.

Am Freitag lebhafteste Sitzung des Reichstags mit der fin-daren Genes des Reichsbankens. Dieser Reichsbankens-international organisiert, er organisiert mit seinen Agenten in-Depots alle Länder der zivilisierten Welt. Er verfügt über riesige Mittel und recient hat über modernen Verkehrsgelegenheiten.

Er tritt in allen nur denkbaren Verkleidungen, durch Männer wie Frauen, an junge unerfahrene Mädchen heran, befragt sie über ihre durch Verprügelungen, Gewalt, Körperknechtung glänzender Herraten oder Stellungen im Ausland, übernimmt den Transport der Abnungslöser, deren Weg dann fast regelmäßig in einem Bordell endigt, wo sie in den ersten Nächten betäubt und dann entleert werden. Ihr Widerstand in der folgenden Zeit wird durch Entziehung von Nahrung, Einsperrung, Hungerkuren und Schläge gebrochen, bis sie sich dem elenden Gewerbe willenlos weiter ergeben. Gegen diesen international organisierten Verbrechenring haben sich nun 12 europäische Staaten und Brasilien zu gemeinsamen Kampf zusammengeschlossen, eine internationale Gegen- und Schutzorganisation zur rechtslosen Verfolgung der Mädchenhändler gebildet. Diese Organisation ist durch ein Abkommen zwischen der 14 Staaten, zu denen auch Deutschland gehört, geschlossen worden, und eben dieses Abkommen hand am Freitag im Reichstag zur Debatte und Beschlußfassung. Es stellt sich die alte Frage heraus, daß alle Parteien einig in der Unterstützung und Anerkennung dieses internationalen Vertrages waren. Aber es wurde auch gleichzeitig von allen Seiten erklärt, daß die Bekämpfung derselben muß, das Mädchenhändlergewerbe zu bekämpfen. Vor allem müssen es handelt sich jährlich um mehrere hundert jammervollen Geschöpfe - Eltern und Vorkämpfer auch der Arbeiterklasse ein handiges Augenmerk auf ihre heranwachsenden Töchter haben und vor allen Dingen auf das Eingehen dieses Arbeitsverhältnisses derselben ein wachsames Auge haben. Denn kann eines Tages ein furchtbares Ereignis auch über sie kommen.

Politisches.

Der Reichsetat für das Jahr 1912. Der „Vorwärts“ vom 1. Februar 1912 brachte eine Gegenüberstellung der natürlichen Einnahmen und der Ausgaben allein für Militarismus und Weltmacht nach dem Etat des Deutschen Reiches für 1912/13. Daraus ergibt sich folgendes Bild. Die Nettoeinnahmen setzen sich aus folgenden Posten zusammen:

1. Ordentlicher Etat.	
Vertriebssteuern der Reichspostverwaltung	89,0 Mill. RM.
Vertriebssteuern der Reichsdruckerei	3,0 „
Vertriebssteuern der Reichsbahnverwaltung	23,7 „
Steuereinnahmen	25,3 „
Zins, Steuern, Gebühren, Kontributions-, Bankzinsen und sonstiges	1680,6 „
2. Außerordentlicher Etat.	
Einnahmen aus dem Verkauf von neuverkauften Zeitungsgründungen und Verlagsverträgen	3,8 Mill. RM.
Einnahmen aus dem Verkauf von Eisenbahnwagen (Entschädigungsauslagen von China usw.)	1,6 „
Einnahmen aus dem Wagniswesen	20,2 „
Gesamte Nettoeinnahme des Reiches	1847,2 Mill. RM.

Diesen Nettoeinnahmen stehen folgende Ausgaben allein für Militarismus, Marineausgaben und Weltmacht gegenüber.

Verwaltung des Reichsheeres	871,5 Mill. RM.
Verwaltung der Marine	448,5 „
Allgemeiner Reservefonds (abzüglich der Ausgaben für Prüflinge)	140,0 „
Beihilfen zu den Kolonien	26,0 „
Verwaltung der Reichsschuld	186,0 „
Ausgaben für militärische Zwecke	1675,0 Mill. RM.

Der natürliche Reichseinnahme von 1847 Millionen steht also eine Ausgabe allein für militärische und marineische Zwecke von 1675 Millionen gegenüber! Nur alle übrigen Zwecke des Reiches bleiben also nur 172 Millionen der Nettoeinnahme übrig! Das ist ein schreckliches Bild! Die natürlichen Reichseinnahmen werden durch die Zwecke des Militarismus und Marineausgaben verzehrt! Das unter solchen Umständen von einer künftigen Rüstung des Militärausgaben im Deutschen Reich keine Rede sein kann, bedarf nicht erst eines weiteren Nachweises.

Aus den Stadtparlamenten

Saarburg. Die natürlichen Kollegen haben am 18. Februar die Beschlüsse der natürlichen Arbeiter, die mindestens sechs Monate in Saarburger Arbeit haben und einen Wochensatz von nicht über 30 Mark beziehen, eine einmalige Gratifikation von 10 RM. zu bewilligen.

Völklingen. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde ein Antrag unterer Menschen verhandelt, welcher mit Zustimmung der jüngeren Beamten und Amtsbekannt mit einem Gehalt von 2100 M. eine Fortschrittszulage fordert, und zwar Fortschrittszulage von 20 M. Nachdem Genosse Pfuhl den Antrag zunächst abgelehnt hatte, nahm der Wohlhabendste Pfuhl den Antrag an. Der Antrag wurde von den Genossen der städtischen Arbeiter einstimmig und alsdann der Antrag in namhafter Abstimmung mit 22 gegen 18 Stimmen angenommen.

Chliss. In der Sitzung der Stadtverordneten vom 15. Februar wurde der Haushaltsplan des Gaswerks auf 299.250 M. gegen 285.300 M. im Vorjahre und der Plan des städtischen Krankenhauses auf 70.200 M. gegen 43.400 M. im Vorjahre festgestellt. Ein Antrag auf Lohnerhöhung der Arbeiter des Gas- und Wasserwerks um 20 Pf. für den Tag wurde angenommen, ebenso ein weiterer Antrag, das Grundgehalt der Beamten der Gehaltsklassen 1-4 um eine Stufe und das der Klassen 5-7 um zwei Stufen zu erhöhen. Diese beiden Anträge in mehr oder minder abgeänderter Form haben die Stadtverordneten über ein Jahr beschäftigt. Wir wundern uns wirklich, daß sie so „schnell“ zu einem Entschluß gekommen sind.

Aus den Gemeinden

Strasbourg i. Gl. Das Elektrizitätswerk Strasbourg N. O. beabsichtigt die Gründung einer G. m. b. H. zur Errichtung von Werkstätten für die Unternehmern mit einem Kapital von 150.000 M. Das Unternehmen ist als eine Erwerbsgesellschaft gedacht, deren Geschäftsführung vom Elektrizitätswerk kostenlos besorgt werden soll. Das Elektrizitätswerk selbst hat bereits 20.000 M. gezahlt und fügt einer Einladung zur Zeichnung von Anteilen u. a. folgende Begründung bei: „Die Errichtung von Werkstätten für mittlere und kleinere Handwerker ist ein Gegenstand, mit dem wir uns seit längerer Zeit beschäftigen. In Strasbourg besteht ein dringendes Bedürfnis nach modern eingerichteten Werkstätten. Die vorhandenen Räume sind in den meisten Fällen ungenügend. Ferner ist festgestellt worden, daß allein durch den neuen Straßenbahnbruch des Werkstätten benötigt werden. Den Strasbourg Industrieclub bietet nun hier eine Gelegenheit, bei der Schaffung einer Einrichtung mitzuwirken, die dem Mittelstande zugute kommt und der Förderung des gesamten wirtschaftlichen Lebens dient. Die finanzielle Sicherheit ist durch das lebhafteste Interesse der Stadtverwaltung gewahrt.“

Notizen für Gasarbeiter

Berlin. Gesangsamt Tegele. Am 19. Februar waren die Beschäftigten zahlreich versammelt, um zu den Vorparlamenten bei der eine Woche vorher stattgefundenen Arbeiterauswahlgewahl Stellung zu nehmen. Die Wahl war zuerst auf die Zeit von 4 bis 6 Uhr abends festgesetzt. Am Tage der Wahl wurde gegen 8 Uhr morgens die Bekanntmachung über den Austritt gelesen und die Wahl auf eine ganze Stunde, 5-6 Uhr abends, festgesetzt. Damit war für den großen Teil der Arbeiter gefordert, noch Arbeitslohn sich an der Wahl zu beteiligen. In der einen Stunde war es den circa 300 Handwerkern und den etwa 400 in Frage kommenden Gasarbeitern unmöglich gemacht, sich an der Wahl zu beteiligen. Am Nachmittag des Wahltages wurden obendrein erst die Wahllokale festgelegt und „bekannt gemacht“. Zu diesem, die Wahl erschwerenden Umständen kommt noch die Tatsache, daß nach uns gewordenen Mitteilungen der Meister Nachschon erklärt hat, daß, wer vor 16 Uhr wählen geht, entlassen werden sollte. Die Vorparlamente im gesamten betrachtet lassen, wenn man nicht eine leidenschaftliche Vorbereitung der Wahl als Entschädigung in Betracht ziehen will, nur den Schluß zu, daß man aus bestimmten Gründen heraus eine möglichst geringe Wahlbeteiligung erzielen wollte. Es ändert daran auch nichts, daß auf Träumen der Arbeiter die alle, auch noch ungenügende Wahlzeit von 4-6 Uhr nachmittags um 3 Uhr wieder festgesetzt wurde. Wenn die Verwaltung in Tegele wirklich will, daß alle Beschwerden usw. durch den Arbeiterauswahlgewahl vorgebracht werden, darf die Wahl an sich nicht ein zu einer Reihe von Beschwerden führen. Der Arbeiterauswahl und auch den Ausschussmitgliedern wird bisher die Kenntnisnahme des Reglements für den Arbeiterauswahlgewahl vorenthalten. Es durch in es auch nur möglich, daß hier die Meinung verbreitet ist, daß der Arbeiterauswahlgewahl nur alle Vierteljahr eine Sitzung abhalten dürfe. Will die Verwaltung in Tegele wirklich, daß alle Beschwerden usw. durch den Arbeiterauswahlgewahl verhandelt werden, dann soll auch sie zu ihrem Teil Sorge tragen, daß derselbe als Vertretung der Arbeiterklasse durch Abhilfe vortretender Beschwerden hierzu in die Lage versetzt wird. Ein besonderer Mangel ist die seit Monaten unermüdet durchgeführte Hebermündensarbeit. An einzelnen Punkten stellen sich das schon seit Jahr und Tag der Fall. Dazu kommt noch eine Anzahl von, die alles Mögliche übermitteln. Eine grundsätzliche Abhilfe ist hier dringend notwendig und wo Tag und Nachtlich besteht, sofort möglich durch Einführung des Dreischichtensystems. Nötig ist auch, daß die Lohnzahlung stets in der Arbeitszeit erfolgt und mit Arbeitslohn befreit ist. Bei eingetragenen alten Wahlen in das auch leicht möglich. Eine Reihe anderer Beschwerden wurden dann noch als Antrag für den Arbeiterauswahlgewahl angenommen. Folgende sind einige, an denen weder der Meister erkrankt ist, daß mancher Beschwerde wohl Abhilfe zugeht, aber mit der Einführung oder deren dauernder Beschäftigung es lange keine hat. Die Handwerker müssen, wenn sie morgens zur Werkstatt, über Feige Nische und Ebnaden, letztere oft noch im gläubigen Zustande, herüberturnen.

In der Werkstattsmiede ist seit drei Monaten für das Mittelfeuer ein Rauchfang hergestellt, aber derselbe brennt noch der Anbringung. Der entweichende Qualm und Rauch muß durch Türen und Fenster abziehen. Das sind nämlich die von den Beschäftigten, wie die Verwaltung sagt, nicht benutzten Ventilationseinrichtungen. Wenn dann aber die Handwerker bei solchen Ventilationsanordnungen sich Erläuterungen zuziehen, ist möglicherweise gleich der Simulant fertig.

Chemnitz. Die Arbeiter und Handwerker beider Gaswerke hielten am 16. Februar eine zahlreich besuchte Versammlung ab. Der Krankenkassenvertreter gab bekannt, daß der Vertrag mit dem Metzgerei-Verband Chemnitz Stadt nunmehr abgeschlossen ist, wodurch gleichzeitig die freie Arztwahl in Kraft tritt. In der Diskussion wünschten die Kollegen, daß derartige Angelegenheiten durch Anschlag in den Betrieben bekanntgegeben werden. Dann teilte der Arbeiterausschuß mit, daß die schon vor ein paar Jahren gewünschte, der Neuzeit entsprechende Arbeitsordnung abgelehnt ist, mit der einfachen Begründung des Direktoriums, daß die alte noch gut genug sei. In der letzten Arbeitsordnung, die am 28. April 1902 in Kraft getreten ist, haben nur die Pflichten der Arbeiter getrieben. Die Arbeiter wollten aber auch Rechte zugesprochen haben. Der Wunsch, daß die Verwaltung ihren Arbeitern das Gas allgemein zum ermäßigten Preise abgibt, ist ebenfalls abgelehnt, trotzdem schon ein Teil der Arbeiter diese Vergünstigung hat. Der frühere Arbeitsklub vor den hohen Stellen wurde mit Ausnahme des Weihnachtsfestes abgelehnt. Die Arbeiter wünschten, daß bei einer halbtägigen Mittagspause um 3 Uhr die Arbeit beendet werden möchte. Selbst dem billigen Wunsch der Kollegen ist man nicht nachgekommen, an sämtliche Arbeiter Kaffee gratis abzugeben. Jetzt müssen gerade diejenigen, die am wenigsten verdienen, den Kaffee bezahlen, während die Helferbezahnten den Kaffee gratis bekommen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die am 16. Februar tagende Gasarbeiterversammlung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß die Verwaltung der Gasanstalt den Wünschen der Arbeiter in nicht genügender Weise Rechnung trägt. Die Arbeiter halten nach wie vor daran fest, daß vor allem die Arbeitsordnung verbesserungsbedürftig ist. Besonders bedauern die Arbeiter, daß selbst in ganz untergeordneten Forderungen ein hartnäckiger Ablehnungspunkt eingenommen wird. Die Versammelten erklären, an den abgelehnten Forderungen festzuhalten und beantragen den Arbeitersausschuß, erneut und energisch die Wünsche der Arbeiter zu vertreten und versprechen, voll und ganz hinter ihren Vertretern zu stehen.

Leipzig. Die Laternenwärter beschäftigten sich am 18. Februar in einer gutbesuchten Versammlung im Volksbau mit der Fernzündung in Leipzig, die bereits für den Bezirk der 3. Wache fertig eingerichtet worden ist. Diese Fernzündung verdrängt die Laternenwärter aus ihrer Arbeitsstätte und gefährdet ihre Zukunft und Erziehung sehr stark. Wenn auch gegenwärtig die Einrichtung noch nicht vollkommen und nicht verfeinert ist, so werden aber bei den Fortschritten der Technik diese Mängel bald beseitigt werden. Nach der Aufstellung des Rates an die Stadtverordneten in der Sitzung vom 25. Oktober 1911 sollen nun erhebliche Ueberschüsse in Zukunft durch dieses System erreicht werden und allein auf der 3. Wache wird der Ueberschuß mit 1000 Mk. jährlich angelegt. Es dürfte auch für einen größeren Teil unserer Kollegen im Reich von Interesse sein, diese Aufstellung kennen zu lernen. Hier ist sie:

A. Ersparnisse.

a) an Veranlagungen:	
1. Lohnersparnisse durch Wegfall von 8 Laternenanzündern, 1 Bader, 1 Glöcklerarbeiter und 1 Aufseher	13 730 Mk.
2. Ersparnisse an Krankenkassen-, Invaliditäts- und Arbeitersicherungsbeträgen für das wegfallende Personal	792 "
3. Ersparnisse an Miete (Wegfall des Nachlofs) Dienstleistung und Beamtenunterhaltung, Anzüge- und Reinigungsverordnungen	650 "
b) an Gas, infolge späteren Anzündens und früheren Abloshens der Laternen (angenommen ist eine Verkürzung der täglichen Brennzeit von durchschnittlich 15 Minuten)	1 138 "
Zusammen	16 300 Mk.

B. Mehrkosten.

a) Die Einrichtungskosten der Fernzündung betragen 37 000 Mk., davon 10 Proz. für jährliche Verzinsung des Anlagekapitals und Abschreibung der Anlagevermö.	3 700 Mk.
b) Gasverbrauch der Zündflammen und Unterhaltung der Apparate	8 000 "
Zusammen	12 300 Mk.

Ersparnisse: 16 300 Mk. — Mehrkosten: 12 300 Mk. — Ueberschuß: 4 000 Mk.

Tie in der Praxis stehenden und seit langen Jahren tätigen Laternen- und Radmänner haben allerdings harte Zweifel an der Richtigkeit dieser Aufstellung bei ihrer praktischen Verwirklichung. So werden sich die Kosten für Zündflammen in Zukunft eher erhöhen als erniedrigen und die Arbeitslöhne werden sich eher höher gestalten als wie angegeben für die Bedienung der Verfäher. Aber auch die Witterungsverhältnisse sind in der Aufstellung nicht genügend in Betracht gezogen worden und werden dadurch mehr Kosten verursachen, als in der Aufstellung angegeben. Derartige

Veranschlagungen tragen ja in der Regel das Merkmal der Veränderung in der Praxis in sich und so wird auch der Ueberschuß, wohl kaum in dieser Höhe ausfallen. Das schlimmste an dem ganzen System ist ja nun das, daß ein erheblicher Teil der bisherigen Arbeitskräfte ihrer Arbeit verlustig geht, an die sie sich eingewöhnt und zum Nutzen der Stadt seit langer Zeit gewirkt haben. Wenn auch die Laternenwärter dieser Fernzündung nicht im Sinne der schließlichen Weber von anno 1818 gegenüberstehen, so wollen sie aber doch alles versuchen, um die drohende Gefahr einer Existenzschädigung von sich abzuhalten. Aus diesem Grunde stimmten sie der nachfolgenden Resolution einstimmig zu: Die am 18. Februar 1912 zahlreich versammelten städtischen Laternenwärter haben zu der Fernzündung in Leipzig Stellung genommen und beschlossen, dem Rat folgenden Antrag zur Berücksichtigung zu unterbreiten: Alle durch die Fernzündung in Leipzig überflüssig werdenden Arbeitskräfte sind in geeigneter Weise und bei gleichen Löhnen und Arbeitszeiten unter Berücksichtigung ihres zurückgelegten Dienstalters in den Gasanstaltsbetrieben des Rates unterzubringen. Die versammelten Laternenwärter erwarten unter Anerkennung ihrer bisherigen Leistungen vom Rat, daß er diesem Ersuchen stattgibt und sie so vor Schädigungen ihrer Existenz in Zukunft bewahrt bleiben.

♦ Aus der Praxis der Arbeiterversicherung ♦

Rehabilitierung infolge Erlangung durch Verlust als entschädigungspflichtiger Betriebsunfall. Eine Arbeiterin war in der Zeit vom 6. April bis 8. Mai 1909 in den Parkanlagen der Stadt Danzig beschäftigt. Während dieser Zeit verfiel dort häufig heftige und jähennde Krämpfe an. Die Arbeiterin hatte in dieser Zeit über häufige Augenstörungen. Am 10. Mai wurde sie einem Augenarzt auf der Vorlage einer Rehabilitierung förmlich. Sie erhob nun Anspruch auf Unfallrente, dieser wurde aber von der Versicherungsanstalt mit der Begründung zurückgewiesen, daß ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Erkrankung und der Rehabilitierung nicht bestehe. Das Schlichtungsgericht für Arbeiterversicherung erkannte den Anspruch der Arbeiterin als berechtigt an. Der gegen dieses Urteil von der Versicherungsanstalt eingelegte Rekurs wurde vom Reichsversicherungsamt durch die Entscheidung La 1954/11 zurückgewiesen. Das Reichsversicherungsamt begründete sein Urteil damit, daß nach den eingeholten ärztlichen Gutachten die Rehabilitierung auf eine Erlangung zurückzuführen sei. Zwar müsse der Versicherungsanspruch gegeben werden, daß diese Erlangung nicht erst am 8. Mai 1909 stattgefunden haben könne, da schon lange Zeit vorher Leidwerden im Auge aufgetreten seien. Der genaue Zeitpunkt des Eintretens der für das Leiden der Mägen ursächlichen Erkrankung lasse sich mit Sicherheit nicht feststellen. Fernerhin müsse aber eine überwiegende Wahrscheinlichkeit dafür als gegeben erachtet werden, daß die Mägen sich die Erkrankung bei den Arbeiten in den Parkanlagen zuzugeworben hat. Bei den heftigen und schmerzhaften Krämpfen liege die Gefahr einer Erkrankung der Augen sehr nahe, zumal wenn der Kopf, wie dies bei den hier in Betracht kommenden Arbeitern üblich sei, mit Fäden umwickelt sei und dadurch die Augen leicht erblüht würden. Deswegen müsse ein Betriebsunfall für vorliegend erachtet und auch der ursächliche Zusammenhang zwischen diesem Unfall und der Rehabilitierung anerkannt werden.

♦ Aus unierer Bewegung ♦

Berlin. (Parlverwaltung.) In der Versammlung vom 17. Februar berichtete Stoll. Vusafer über die in der Sitzung vom 29. November v. J. verhandelten Anträge. In einzelnen Fällen war rigoros verfahren worden. Es wurde einem Arbeiter, der seine erkrankte Frau ins Krankenhaus gebracht hatte, sowie einem anderen Arbeiter, welcher sich zur Stillung des Nasenblutens in eine Drogerie begeben hatte, der Lohn für die dazu benötigte Zeit in Abzug gebracht. Aus diesen Gründen wurde gefordert: „Bezahlung von unverschuldeten Versäumnissen.“ Die Deputation beschloß unterm 23. Dezember 1911, daß in unverschuldeten Fällen die versäumte Zeit zu zahlen ist; wenn irgend möglich, ist vorher die Versäumnisse zu melden. — Infolge der großen Hitze im vorigen Jahre war beantragt worden, während der Sommermonate, wo größere Kolonnen arbeiten, Kaffee als Getränk vorzuhalten. Darauf ging folgender Bescheid ein: „Grundsätzlich muß es die Deputation ablehnen, sämtlichen Arbeitern der Verwaltung während der Sommermonate Kaffee als Getränk vorzuhalten. Es muß vorbehalten bleiben, ob in einem einzelnen Falle sich eine derartige Maßnahme als zweckmäßig und ausführbar erweist.“ Für die regelmäßigen Ausschichtwächter war beantragt, während des Sonntags, zur Kenntlichmachung dem Publikum gegenüber, Kaffee geliefert werden sollen. Unter dem 22. Januar d. J. beschloß die Deputation: „Die Dienstmiten für die Ausschichtwächter sind aus Titel 11, 2 zu beschaffen. Im Ausnahmefalle wurde erjudet, wie weit es mit dem Reuen der Unterkunftsräume, speziell in Treptow ist. Dazu bemerkte der Gartendirektor, daß in

Treptow eine Benediktine Pude als Unterkunftsraum gebaut werden sollte, der Pan ist unterblieben, weil die Treptower Bauarbeiter dagegen Einspruch erhoben hat. In Anbetracht der Notwendigkeit sollen im Revier V zwei fahrbare Puden angeschafft werden. Festwerde wurde noch darüber geführt, daß bei der nächsten Lohnzahlung, 3. B. im Revier V, die Nachwächter schon eine Stunde vor Antritt ihres Dienstes zur Empfangnahme des Lohnes erscheinen müssen. Ersucht wurde, den Lohn bei Antritt des Dienstes, um 6 Uhr abends, auszuhändigen oder die Verzögerungen zu veranlassen. Die Deputation hat unter dem 10. Januar d. J. folgendes verfaßt: Der Lohn der Nachwächter ist in dem Revier von den zahlenden Beamten dem Reviervorsteher in der Interimsausmittlung auszuhändigen. Dieser hat dann dafür Sorge zu tragen, daß der Lohn zu geordneter Zeit an die Nachwächter bezahlt wird. Da seit längerer Zeit im 2. Revierbezirk die Hilfsarbeiter der Mollage und Auszubijungstheil Preißhew krank sind, bereits Anwartscheinnehmer ist, für diesen aber namentlich keine Neuauflage zum Arbeiterauslaß ausgeschrieben ist, so ist nach Ermüdung eines Schreibens daran ersucht worden. Die Versammlung stellt alsdann folgende Anträge auf: Hebung der Lohnansprüche für die Wächter, Neuauflage von Beletinen für die Hilfsarbeiter, Nebeneinführung zweirädriger Sandtarren, Hebung der Wächter, Hebung einer Wächterzeit und die Hebung der Wächter, die abschließende Antwort bezuhal. Voranfrage von Mollage als Gerüst vom 15. Januar d. J., Gewährung einer Zulage für die Sprenger, der Arbeitslohn an den Sonntag, an den Tagen vor den hohen Feiertagen und den sogenannten Feiertagen und Feiertagen über Wächterzeit, Hebung der Lohnansprüche für die Eisbahnarbeiter, Vorrückung im Unterstand über die Arbeitszeit hinaus und ferner sollen insoweit anderen Arbeitsanfangs in der Arbeitsergebnisse nach demselben die diesbezügliche Schritte unternommen werden.

Berlin. In einer gut besuchten Versammlung nahmen die Vertreterinnen der Berliner Bedarfsanstellungen am 24. Februar Stellung zu der Behandlung ihrer Anträge vor dem Arbeiterauslaß der Berliner Straßenreinigung. Die Versammlung protestierte energisch dagegen, daß ihnen wohl alle Vorteile der städtischen Arbeiter obliegen, die Rechte derselben aber vorzuziehen würden. Nach einer lebhaften Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die am 17. Februar versammelten Vertreterinnen der städtischen Bedarfsanstellungen Berlin, entgegen der Stellungnahme der Deputation, an der Auffassung fest, daß der bei der Straßenreinigungsgewinnung bestehende Arbeiterauslaß auch für sie zuzunehmend ist. Die Versammlung beschließt daher, den diesbezüglichen, vom städtischen Bedarfsanstellungen zurückgewiesenen Antrag an die Deputation für das Straßenreinigungswesen weiter zu geben. Da die fahrende Erledigung der anderen, dem Arbeiterauslaß überwiegenen Anträge zu ermöglichen, wird beschlossen, eine Kommission der Vertreterinnen zu wählen, welche mit der Direktion darüber zu verhandeln hat. Die Versammlung appelliert an das Kollektivitätsgefühl aller Vertreterinnen und fordert diese dringend auf, zur energischen Wahrnehmung ihrer Verfassungen dem Vorstände der Gemeinde und Staatsarbeiter beizutreten. Die Versammlung beauftragt die Erledigung des Beschlusses mit der Heberführung des Antrages an die Deputation für das Straßenreinigungswesen und wählt die Kolleginnen: Mohr und Walter in die Kommission, welche mit der Direktion über die Erledigung der anderen Anträge verhandeln soll.

Müßli. In der Mitgliederversammlung vom 24. Februar werden zunächst die Anträge des Vorstandes zum Jahresabschluss einer eingehenden Beratung unterzogen. Die Versammlung erklärte sich im allgemeinen mit denselben einverstanden. Als Delegierte zu der in Ansbach stattfindenden Baukonferenz werden die Kollegen Leisinger, Eichhorn und Spahn gewählt. Weiter wurde beschlossen, mit den sozialen Ämtern, Erlangen und Schwabach im Mai einen gemeinschaftlichen Ausflug zu veranstalten. Ein Antrag, demnachst in sämtlichen städtischen Betrieben Betriebsversammlungen abzuhalten, in welchen unter anderem die Vertrauensleute neu gewählt werden sollen, wurde angenommen. Zum Schluß wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß am 9. und 10. März Vorkontrollen stattfinden. Es wurde besonders betont, die Mitgliedsbücher in Bereitschaft zu halten.

Wörlitz. Einen starken Besuch wies die für alle städtischen Arbeiter abgehaltene öffentliche Versammlung am 18. Februar auf. In der Kollege Preißler referierte. Gandelte es sich doch wieder um eine Eingabe an den Magistrat zwecks Lohnaufbesserung. Zu dieser Frage hatten die Arbeiter in Betriebsversammlungen schon Stellung genommen. Überall in den Versprechungen standen die recht niedrigen Lohnsätze der städtischen Arbeiter im Vordergrund. Stundenlöhne von 24, 25, 26, meistens 28 Pf. pro Stunde seien zu den jetzigen Lebensmittelpreisen, sowie Miete, Heizung und nicht mehr im Einklang. Hat doch die Hygieneausstellung in Dresden im vorigen Jahre gezeigt, was für Lebensmittel und Arbeitskraft hochhalten und die Gesundheit zu schaden. Danach war für eine Person pro Jahr 877,25 Mk. gerechnet, für eine

vierteljährige Familie 1125,25 Mk. pro Jahr oder 21,74 Mk. wöchentlich. Danach haben die städtischen Arbeiter alle Ursache, Verbesserung ihrer Löhne zu verlangen. Sämtliche Arbeiter der Betriebe stellten nun ihre Anträge fest, welche sie schon in ihren Betriebsbesprechungen gefaßt hatten. Die Gasarbeiter verlangen: 1. die jetzigen Löhne pro Tag um 30 Pf. zu erhöhen, 2. für Überstunden im Sommer von 6 Uhr abends, im Winter von 7 Uhr abends, sowie für Sonntagsarbeit die in der Arbeitsordnung vorgesehenen 20 Proz. Zuschlag zu zahlen. Die Arbeiter des Schlachthofes stellen den Antrag: 1. die jetzigen Löhne pro Tag um 30 Pf. zu erhöhen, 2. für Sonntagsarbeit die in der Arbeitsordnung vorgesehenen 20 Proz. Zuschlag zu zahlen. Die Tiefbau-, Wegebau- und Kanalarbeiter fordern: die jetzigen Löhne pro Tag um 30 Pf. zu erhöhen. Die Arbeiter der Ziegelei verlangen 15 Proz. Zuschlag. Die Arbeiter für Straßenreinigung stellen folgende Anträge: 1. die jetzigen Löhne pro Tag um 30 Pf. zu erhöhen, 2. bei der zehnmonatigen Arbeitszeit die Feiertagspause in Wegfall zu bringen, an deren Stelle um 6 Uhr Feiertagsabend, 3. an den Vorabenden der hohen Feiertage die Arbeitszeiten über Mittag auszudehnen und um 2 Uhr Feiertagsabend. Die Arbeiter im Park (einschließlich Friedhof) fordern: 1. für männliche Arbeiter die Löhne pro Tag um 30 Pf., 2. die der weiblichen pro Tag um 20 Pf. zu erhöhen. Sämtliche Anträge wurden von der Versammlung einstimmig angenommen und soll die allgemeine Eingabe sobald wie möglich dem Magistrat und dem Stadtverordnetenkollegium zugehen. In zwei Betrieben, Wasserwerk und Elektrizitätswerk, haben die Arbeiter ihre Besprechung am 20. Februar abgehalten und stellen gleichfalls den Antrag, die Löhne pro Tag um 30 Pf. zu erhöhen. Die Forderungen gegen den festen Vorschlag dafür, wie recht unser Stadtverordneter Tarabadel in der Stadtverordnetenversammlung am 20. Oktober 1911 hatte, als er beantragte, den städtischen Arbeitern pro Tag 25 Pf. Feuerzulage zu gewähren. Die große Unzufriedenheit, die unter den städtischen Arbeitern herrscht, kommt am besten durch den Masseneintritt in die Organisation zum Ausdruck. Sichtlich beunruhigt sich der Magistrat nicht zu lange und kommt den Wünschen der Kollegen bald nach.

Salle a. S. Am 17. Februar fand unsere Mitgliederversammlung statt. Kollege Lorenz berichtete, daß am 25. Februar in Jena die Baukonferenz stattfindet. Die Kollegen Müller und Lorenz wurden als Delegierte gewählt. Ueber die Statutenvorlage entspann sich eine lebhafte Diskussion, nach welcher sämtliche Anträge des Vorstandes angenommen wurden. Alsdann gab Kollege Müller die Abrechnung vom letzten Reingehalt, das einen Ueberschuß von 810 Mk. ergab. Als Teilnehmer am Kursus über Parteigeschichte im Volkspark meldeten sich 5 Kollegen.

Leipzig. Im Elektrizitätswerk „Nord“ mehren sich in letzter Zeit die Klagen über das Verhalten des Betriebsleiters Kömmer. Wenn sich in der gegenwärtigen Zeit die Krankheitsfälle unter den Arbeitern in außergewöhnlicher Art mehren, so liegt dies weniger an der körperlichen Verfassung der Arbeiter, als ausschließlich an den Betriebsbedingungen und der dort üblichen Arbeitsmethode, die insbesondere bei dem Kohlenfahren und Feuerhausarbeiten üblich ist, wie kürzlich in ihrer Versammlung festgestellt wurde. Trotz der vielen Krankheitsfälle wollte jedoch Herr Kömmer mit den wenigen Arbeitern den Betrieb zu Ruh und frommen der Verwaltung aufrechterhalten und die entstehende Lücke durch Überstunden ausfüllen. Da hatte er jedoch die Rechnung ohne die Arbeiter gemacht, die dieses Ansehen für die Dauer ablehnen, weil auch sie bei einer derartig langen Arbeitszeit Versorgungs- um ihren Gesundheitszustand hegen müßten. Dadurch zogen sie allerdings den ganzen Jorn dieses geringen Herrn auf sich und in Doktor Eisenbaris Manier glaubte er nun mit dem phänomenalen Ausspruch: „Wer sich in Zukunft krank meldet, wird einfach entlassen“, die ganze Kalamität aus dem Wege geräumt zu haben. Wenn der Herr allerdings nach dieser Richtung hin seine Zügel schießen lassen könnte, wäre das eine äußerst drastische Gegenmaß zu der vielgerühmten Arbeiterfürsorge in den städtischen „Ritterbetrieben“. Doch auch der Könige Reich ist begrenzt und so glauben wir annehmen zu können, daß die Organe über Herrn Kömmer wohl wenig Gerechtigkeit zeigen dürften, diesen Namen zuzuräumen. Da hilft auch der anmaßende Ton den Arbeitern gegenüber angewandt, nicht hinweg, welches Auftreten und Verhalten, nebenbei gesagt, den Arbeitern schon manches bittere Viertelstündchen bereitet hat. -- Die Einrichtung der sogenannten Arbeiterfürsorge hat für die Arbeiter manchmal einen recht bitteren Beigeschmack und sehr oft müssen sie bei ihrer Angelegenheit das Kind mit dem Bade ausschütten. Insbesondere handelt es sich um die Leistungen aus § 616 R. G. B., die in den Bestimmungen des Rates über die Fortgewährung des Lohnes an städtische Arbeiter bei kurzen Arbeitsunterbrechungen vom 7. September 1910 ihren Ausdruck finden. Die Verbringung eines kranken Zeugnisses in den verschiedenen Fällen, wie es verlangt wird, ist meistens teurer als die Arbeiter an Entschädigung für die entgangene Zeit erhalten, die sie verbüßet waren (insolge Unwohlseins oder kurzer Krankheit, wo die Entschädigung nicht aufkommt), und so verzichtet man lieber auf diese „Wohltat“. Wie es andererseits auch den Anschein hat, sehen einige Herren der Ver-

waltung in Kranken oder vom Unwohlsein befallenen Arbeitern nur Drückerberger, die die ihnen zuzehenden Leistungen abnützlich missbrauchen wollen. Das hier Gesagte trifft auch auf alle anderen Vertriebe des Marktes zu. Das alte Lied von dem sozialen Kader an der Arbeiter behält durch diese Praxis nur noch einen kräftigen Tonfall.

Mannsbürg. Am 17. Februar tagte eine gutbesuchte Mitgliederversammlung. In die Bauarbeiter-Zukunftskommission wurde Kollege Peters gewählt. Alsdann wurden die Vorschläge des Hauptvorstandes an den Verbandstag beraten. Der Antrag auf Erhöhung der Beiträge rief eine lebhafteste Debatte hervor. Alle Redner brachten zum Ausdruck, daß die jetzige Beitragshöhe genüge. Bei einer weiteren Erhöhung könne man nicht gestatten, daß der Mitgliederbestand gehindert werde. In der am 31. März tagenden 1. Generalversammlung in Weimergerde wurden Köhler, Grubner, Mieter und Pödenitz, als Ersatzmann Peters gewählt.

Mainz. In unserer gutbesuchten Mitgliederversammlung vom 23. Februar referierte Herr K. a. r. o. l. e über die bevorstehende Generalversammlung und über den zukünftigen Verbandstag. Redner schätzte zunächst die Verhältnisse des Ganges und lenkte es den Mitgliedern nahe, die Abänderungen im Sinne des Verbandsvorstandes vorzunehmen. Auch die Frage der Beitragserhöhung wurde für zweckmäßig gehalten. Als Delegierten wurden die Kollegen Klein, Stäcker, Winterbeimer und Meibert gewählt. — Unter „Verdienstenes“ wurden allerlei Mißstände zutage gefördert. Am meisten wurden die Klagen vom städtischen Reinigungsausschuß vorgeführt. Die unbedingt beseitigt werden müssen.

Neußeln (Nordf.). Eine zahlreich besuchte Versammlung unserer Kollegen fand am 23. Februar in den Festlokalitäten statt. Die Versammlung befaßte sich mit der ablehnenden Haltung des Magistrats und der Stadtverordnetenmehrheit gegenüber dem Antrag der Arbeiter auf Gewährung einer Feuerungszulage. Die sozialdemokratische Fraktion hatte eine Anzahl Genossen delegiert; von bürgerlicher Seite war der Versammlungsgesandlung niemand gefolgt. Im „Deutschen Wirtschaftsblatt“ beim 1. März ist ja auch ungenügend als im Sinne von Arbeitern, besonders wenn man letzteren die Hoffnung auf Besserung ihrer Lage geraubt hat. In der Hand der Arbeiterpolitik des Magistrats und der Stadtverordnetenmehrheit zeigte der Meisterei, H. o. l. l. u. b. n., mit welchen Schwierigkeiten der Kampf um Besserung der Lage der städtischen Arbeiter verknüpft ist. Mit dem Munde seien die Herren stets bereit, wenn es aber zum Handeln kommt, verweigern sie schamlos. Auch in der Feuerungsangelegenheit habe die Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen, etwas zu tun. In der Kommission hat man diesen Beschluß vergessen, und nach monatlangen Beratungen habe man für die städtischen Arbeiter nur ein glattes Nein gesagt. Die einzige wirkungsvolle Vertretung lägen die städtischen Arbeiter bei der sozialdemokratischen Fraktion. Diese und vor allem eine gute Organisation der Arbeiter seien die Voraussetzung für die Erfüllung der Wünsche der Arbeiter. — Nach kurzer Debatte fasste die von 600 Arbeitern besuchte Versammlung einstimmig eine Resolution, in der das Verhalten des Magistrats verurteilt und an die städtischen Körperschaften das Ersuchen gerichtet wird, die Anträge der Arbeiter einer neuen Prüfung zu unterziehen und größeres Entgegenkommen zu zeigen.

Aus Ost- und Westpreußen. Kollege N. i. e. d. e. l. Berlin unter nahm Anfang Februar eine Agitationstour in die Gegend des Titels. Die erste Versammlung fand am 6. Februar in Tilsit statt, wo er vor einer dichtgedrängten Zuhörerschaft einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die „Rechtsveränderungsordnung“ hielt. Von hier aus ging nach Königsberg. Hier begründete der Vorstandvertreter vor einer auf beifälligen Vertrauensmännerziehung am 7. Februar die Statutenvorlage des Vorstandes. Circulärweise fanden seine Ausführungen bei den Vertrauensleuten Zustimmung. Somit dürfte die Vorlage des Vorstandes auch im äußersten Nordosten auf keinen erheblichen Widerstand stoßen. Am 8. Februar sprach H. o. l. l. u. b. n. in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung der städtischen Arbeiter Königsbergs. Am 9. Februar versammelten sich die städtischen Arbeiter Ebersburg fast vollständig, um dem Vortrage über die kulturelle Bedeutung der modernen Arbeiterbewegung zu lauschen. Am g. u. n. g. s. nach Marienburg. Die vorläufigen Beschlüsse dieser Stadt brachten es mit sich, daß die beiden Versammlungen nicht besonders gut besucht waren. Aber auch hier wird es der schwarzblauen Reaktion nicht gelingen, unsere Bewegung zu zerstören. T. o. n. z. i. g., die größte Stadt Westpreußens, wenn eine verhältnismäßig geringe Zahl in organisierter Arbeiter auf. Hier hat H. o. l. l. u. b. n. den ersten Vortrag gehalten. Die Zustimmung, die ihm die Teilnehmer zeigten, hat gezeigt, daß unsere Arbeit eine ansehnliche Zahl von Kampfern um die Arbeiter führt, die nicht nur den neuen Ideen zugänglich, sondern auch bereit sind, für ihre Organisation vorwärts zu wirken. Auch auf dem heiligen Boden Ost- und Westpreußens wächst die Saat, die wir mühsam aussäen können.

Helford. Am 18. Februar fand unsere gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Der Kassierer gab zunächst die Abrechnung. Die Einnahme betrug 207,18 Mk., die Ausgabe 121,72 Mk. Die

Hauptkasse erhielt in Einnahmen 164 Mk., in bar 601,60 Mk. Es mit bleibt ein Kassensaldo von 881,86 Mk. Der Mitgliederbestand liegt um 8 seit dem dritten Quartal und beträgt jetzt 276. Der Statutenvorlage des Vorstandes, besonders der Erhöhung der Beiträge stimmte die Versammlung zu. Unter „Verdienstenes“ wurde noch einmal auf die im Vorjahre vorgegebenen Tabellen zur Statistik von Haushaltsbudgets hingewiesen, wozu sich zur Ausfüllung einige Kollegen bereit erklärten. Auch forderte der Vorsitzende zum Eintritt in den Monatsverein auf.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Die Forderungen der Ruhrbergarbeiter. Nachdem der Lebensverband für das Ruhrgebiet die Vorklage der drei Bergarbeiterorganisationen mit dem Verneinern abgelehnt, daß er in Lohnfragen nicht zuständig sei, sind unter dem 20. Februar den einzelnen Grubenverwaltungen folgende Forderungen unterbreitet worden: 1. Erhöhung der Durchschnittslöhne für alle Arbeiter um 15 Proz. und Befreiung der armen Lohnunterstützten für gleichartige Arbeiter. 2. Die Abblagszahlung hat spätestens am 25. des laufenden Monats, die Restlohnzahlung spätestens am 10. folgenden Monats nachzuführen. 3. Abmündige Schichten, hiesumündige Schichten bei 22 Grad Celsius, sechsundmündige Schichten bei 28 Grad Celsius. Vorstehende Schichten verbleiben bei inkl. Ein- und Ausfahrt. 4. Heber und Nebenarbeiten dürfen nur bei Unfällen, Betriebsstörungen oder zur Rettung von Menschenleben und Viehdiensten betrieben werden. 5. In den Motorenabteilungen in die sonst übliche einmonatliche Mündung einzutreten. Den Arbeitern volle Bewegungsfreiheit in Bezug auf Erziehungsausschüssen, Warenverkauf usw. zu garantieren. Ferner darf kein Zwang zur Haltung von Monatsgarnen ausgesetzt werden. 6. Keine einzutreten, daß Aufrechnungen der reichsgerichtlichen Leistungen für Ansperrkosten, Steuern und Wachen seitens des Ansperrvereins auf die Ansperrleistungen nicht mehr stattfinden. 7. Anwendung des bestehenden Arbeitsnachweises in einem paritätischen, Aufhebung des noch für Nachbargen bestehenden Sperrsystems. 8. Einschränkung des Strafweizens; Strafen von über 1 Mark bedürfen der Zustimmung des Arbeiterausschusses. 9. Eröffnung eines paritätisch zusammengesetzten Schiedsgerichts mit einem unparteiischen Vorsitzenden zur Schlichtung von Streitigkeiten. 10. Errichtung von Ausdankstätten für alkoholische Getränke auf den Grubenplätzen. Die Bergarbeiter haben am Sonntag, den 25. Februar, in großen Versammlungen zu der neuen Situation Stellung genommen.

Ein Kartellvertrag ist zwischen dem Bauarbeiterverband und dem Transportarbeiterverband vereinbart worden. Darin heißt es u. a.: „Für Wahrung gemeinsamer Interessen der Mitglieder beider Verbände, sowie zur Vermeidung von Differenzen sind nachstehende Abmachungen getroffen: § 1. Die Funktionäre beider Organisationen haben bei Aufnahme neuer Mitglieder stets darauf zu achten, daß Personen, die im Bergbau beschäftigt sind, im Transportarbeiterverband, und Personen, die als Transportarbeiter beschäftigt sind, im Bauarbeiterverband keine Aufnahme finden. Ausnahmen sind zulässig, wenn die betriebsfremden Arbeiter nicht zahlreich genug und, um eine lebensfähige Mitgliedschaft zu bilden. Sind 10 oder mehr Mitglieder vorhanden, so haben sie sich ihrem Berufsverband als Zweigverein anzuschließen. § 2. Mitglieder beider Verbände, die in einem Betrieb arbeiten, für den der andere Verband zuständig ist, haben sich innerhalb sechs Wochen diesem anzuschließen. Hier von ausgeschlossen sind solche Mitglieder, die wegen Mangrregelung im Verfall der Organisation, der sie angehören, keine Arbeit mehr erhalten und sich in fährender Stellung (Vor- oder Nach-) in der Organisation befinden. § 3. Wer ein volles Jahr in anderen Beruf beschäftigt ist, muß, auch im Ausnahmefall des § 2 übertritten; es sei denn, daß beide Verwaltungen der örtlichen Organisationen mit dem weiteren Verbleib des Betreffenden in seiner bisherigen Organisation einverstanden sind. § 4. Vom ersten Tag ihrer Beschäftigung an unterziehen alle Mitglieder beider Verbände bezüglich des Lohnes und der Arbeitsbedingungen der Sitzungen des Rates, in dem sie arbeiten. § 5. Trifft ein Mitglied eines Verbandes in den anderen Verband über, so hat er sich vorher in seiner alten Organisation abgemeldet, seine Beiträge bis zum Tage des Austritts zu bezahlen und sich den Austritt in Mitgliedsbuch bezeichnen zu lassen. Von dem erstgenannten Arbeiter hat die Ortsverwaltung der neuen Organisation der Ortsverwaltung der alten Organisation Mitteilung zu machen. § 6. Der übertrittende Mitglied ist von der Entziehung des Eintrittsgeldes befreit und tritt sofort in den Stamm desjenigen Verbands, die der Status des neuen Verbandes seinen Mitgliedern gewährt. § 7. Im Organisationsrat des anderen Verbandes beidseitig noch nicht unterzeichnete Mitglieder haben die von der Ortsorganisation auszuübenden Ehrenämter an ihre Organisation zu stellen. Sie dürfen in alle eine Stimmfahne keine höhere Unterzeichnung erhalten, als die kämpfende Organisation ihren Mitgliedern gewährt; auch darf die Stimmfahne keine höhere sein. § 8. Die Monatsmeldung geschieht täglich einmal bei der kämpf-

den und einmal bei der eigenen Organisation in den von den Organisationen einzurichtenden Werkstätten. Beide Werkstätten haben sich über Versäumnisse in der Kontrollmeldung, sowie über einzelne Arbeitsgelegenheiten zu unterrichten. Die Unterstützung jeder Verband selbst aus. Während eines Kampfes um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen an dem betreffenden Orte Mitglieder der kämpfenden Organisation nicht in die andere Organisation aufgenommen werden. § 9. Die Zahlstellen respektive Gewerkschaften sollen sich gegenseitig verständigen über Mitglieder, die wegen Vertragsreise gestrichen sind, b) wegen zu hoher Beiträge ausgestiegen sind, c) wegen Vergehens gegen die Organisation und gegen die allgemeine Solidarität ausgeschlossen wurden. Solchen Personen ist die Aufnahme zu verweigern.

Sprenglicher Kampf gegen die Gewerkschaften. Eine „geniale“ Entdeckung, wie den verhassten Gewerkschaften beigezukommen ist, hat der Amtsvorsteher von Ruz (Spreußen) gemacht. Im April 1911 wurden bei einer Agitation unter den Fabrikarbeitern in Ruz die Genossen Wollermann, Fromberg und Göbe Tisit verhaftet und 24 Stunden hinter Schloß und Riegel gehalten. Längere Zeit nach dem Erhalten beide ein Strafmandat über 18 Mk. Göbe sollte die Strafe zahlen, weil er Beiträge und Eintrittsgelder von Leuten entnommen, welche noch nicht Mitglieder des Verbandes waren; Wollermann, trotzdem er keine Mitglieder aufgenommen, sollte auch 18 Mk. bezahlen, weil er sich in Gesellschaft von Göbe befand. Überwiegend wurde gegen diese ungläublichen Strafbefehle Widerspruch erhoben. Am 14. November wurden dann beide Nebenkläger dem Schöffengericht in Ruz freigesprochen; die Kosten fielen dem Staatsfiskus zur Last. Der Schatzmann des Amtsvorstehers, welcher die Klage als Rechtsanwalt vertrat, geht jedoch weiter. Er geht gegen das freisprechende Urteil Verwahrung ein. In dieser Beziehung ist o. a. daß nach der Verordnung des Oberpräsidenten vom 1. April 1877 in dem Vorhaben der beiden Genossen die Abhaltung einer Versammlung zu verhindern ist. Somit sieht zu erwarten, daß die Verhaftung, d. h. die Staatsbürger, noch mehr belästigt wird. -- Es ist noch, daß der Amtsvorsteher, nachdem die Verhaftung geschehen, alle Aufnahmegebühren von den beigetreteneen Mitgliedern unserem Kollegen Göbe abnahm, die Leute amtlich vor sich ließ und ihnen das Eintrittsgeld aus dem Fortemennante des Kollegen Göbe, welches er sich auch angeeignet hatte, zurückfließen ließ. Leider verweigerten die Arbeiter die Annahme des Geldes. Weiter ein solches „Pravonunad“ muß doch selbst Herrn Ruz im Verze lassen.

◆ Rundschau ◆

Ein deutscher Frauenwahlrechtstag findet in diesem Jahre statt, und zwar am Sonntag, den 12. Mai 1912. Der Wahltag soll eine Demonstration für das allgemeine, gleiche, direkte und direkte Wahlrecht für die Frauen sein. Die Genossinnen werden schon jetzt ermahnt, eine umfassende Arbeit hierfür zu entfalten und ihre Vorbereitungen zu treffen. Insbesondere werden die Organisationen gebeten, sich mit ihren Vereinen so einzurichten, daß der 12. Mai frei bleibt für die Demonstration der proletarischen Frauen. Die Demonstration soll wieder eine internationale sein. Schon jetzt wird seit, daß Genossinnen in Österreich und in anderen Ländern sich der Demonstration anschließen.

Kollege Karl Schabel, der langjährige Massenbole unserer Großstadt, ist von einem bösen Geschick heimgesucht worden. Am Mittwoch, den 7. Februar, als er sich eben zur Erledigung der dienstlichen Obliegenheiten auf den Weg machen wollte, er wurde plötzlich in seiner Wohnung verhaftet, die ihn der Polizei und Hausführung hielt. Nicht geringeres wurde ihm in anderen Kampfen zur Last gelegt, als -- der am Morgen des 1. Mai 1911 gefasste Mandat an der Schabernackentwurf in Berlin-Schöneberg. Es ist überflüssig die Ereignisse im all denen zu schildern, welche Karl Schabel kennen, oder zu verzeichnen, daß natürlich die Berliner Arbeiterpartei den politischen Verdacht aufzuheben zu mühen. Trotzdem und obwohl er ganz billige Indizien dem Angeklagten nachweist -- im Hinblick, mußte er eine schwerwiegende Unterjuchungsbefehl -- Recht aber sich ergeben lassen. Die harten Aussagen seiner Frau und seiner Tochter, die ungenügend erwiesen, daß Schabel während der Zeit am 1. Mai 1911 in seiner Wohnung war, sind demgegen nicht. Am Gegenteil: der die Unterbindung der Handlanger Schabers schon es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, den während 9 Monate repressiven ermittelte. Der Richter von dieser schlichtlich berechneten manchen nicht nachsehen. Nicht genug, daß die polizeiförmige Inzertierung am 1. Mai in Berlin auf den Verhafteten losgelassen wurde, der „Kriegs Sozial Anzeiger“ verhandelt schon in einem verurteilten. Während die Verhaftung des „Hauptmorders“, nein, auch die Verurteilung, welche der von der Aktuale dem Kollegen Schabel selbst die Verhaftung gewellte Rechtsanwalt Dr. Kleinmann für seinen beauftragt hatte, wurde nicht gewahrt. Offenbar geschah

das letztere deshalb, weil der Angeklagte mit Recht die ihm gestellte Zumutung, Buchstabenarbeit zu leisten, unter Hinweis auf die vielen Arbeitslosen zurückwies. Endlich -- am letzten Donnerstag -- fand die schwere Exzellenz unseres Kollegen ein Ende. Die Entlassung vollzog sich in der ungläublichsten Weise; man öffnete ihm einfach die Zellentür, gab ihm die für bessere Kost eingezahlte Summe zurück und -- hieß ihn gehen. Sein weiteres Wort über den Grund dafür wurde dem Manne zuteil, dessen guter Name und Ehrenhaftigkeit öffentlich heruntergerissen wurde. Das nennt man im 20. Jahrhundert „Rechtspflege“. Durch die verheerend kurz angeordneten ungläublichen Dinge ist unser Freund Schabel natürlich körperlich schwer mitgenommen worden. So daß er sich sofort in ärztliche Behandlung begeben mußte. Es wird einiger Zeit bedürfen, ehe er wieder mit der an ihm gewohnten Energie und Kampfesfreudigkeit an seinen Platz in der Bewegung treten kann. Wegen der Verweigerung besserer Kost ist sofort Bescheid eingeholt worden; ebenso wurde Schadenersatz für unbillig erlittene Unterdrückung beantragt. Dem der preussisch-deutschen Freiheit Widergebeben begnügen wir herzlichst und wünschen baldige Genesung. -- Angemerkt mag noch werden, wie erbärmlich doch eine gewisse Presse solche Dinge behandelt. In den Verichten über die Verhaftung konnten diese Schmuds nicht einmal ihren Daß gegen die Arbeiterbewegung unterdrücken. Mit Behagen bezeichnete man den Verhafteten als Angehörigen des „sozialdemokratischen“ Gemeindegewerkschaftsverbandes usw. Das gemeinliche Stücken leistete sich aber ein sogenanntes „Arbeiter“-Blatt, der „Rund“ der Gelben. Hier war zu lesen, daß „eine Internationalists Hauptlinge, der Kassierer des sozialdemokratischen Gewerkschaftshauses am Engelwer in Berlin“ unter Verdacht des „Kommunismus“ verhaftet werden ist. „Schwerwiegende Verdachtsgründe“ sollten nach dem würdigen Organ gegen den „sozialdemokratischen Führer“ vorliegen. Pfui Teufel über solche Geistes!

Die Arbeiterbewegung in Deutschland hat jetzt die folgenden statistischen Zahlen aufzuweisen:

Sozialdemokratische Wähler	4 250 000
Reichstagsabgeordnete	110
Landtagsabgeordnete	220
Gemeindevorsteher	8 910
Mitglieder der Partei	900 000
der Konsumgenossenschaften	1 250 000
der freien Gewerkschaften	2 440 000
Anlage der periodischen Parteiblätter	1 450 000
der freigewerkschaftlichen Blätter	2 000 000

Diese imponanten Zahlen lehren, daß die Massenbewegte Arbeiterbewegung alles andere als eine „vorübergehende Erscheinung“ ist. -- Wer aber von anderen Kollegen will, daß die Bewegung ein noch schöneres Tempo ererbe, achte auch zu seinem Teil mit ganzer Kraft an der Ausbreitung unserer Organisationen!

Steuerpflicht und Verbandsbeiträge. Viele Steuerbehörden schieben über den Bezug von Beiträgen zu Berufsorganisationen und ähnlichen Massen nur dann zu, wenn der Anspruch auf Leistungen dieser Massen gerichtlich einlagbar ist. Diese Auslegung ist nach einer neueren Entscheidung nicht aufrechtzuerhalten. Denn der Vorliegende der Verfassungskommission bei der kaiserlichen Regierung in Düsseldorf hat sich entschieden, daß diese auf ein Erkenntnis des Oberverwaltungsamts sich stützende Auslegung eine zu eng begrenzte ist. Allerdings müsse ein Anspruch, also eine unter bestimmten Voraussetzungen eintretende Verpflichtung der betreffenden Masse zu Leistungen vorliegen; aber ohne Belang sei es, ob der Anspruch im Rechtsweg verfolgbar ist, oder ob die Entscheidung unter Ausschluß jedweden Rechtsweges einer anderen Instanz, Vorstand, Generalversammlung, Schiedsgericht übertragbar ist. Somit könnte man bei den bevorstehenden Veranlassungen zur Einkommensteuer vor allem in Preußen verfahren, wenigstens einen Teil der Verbandsbeiträge vom steuerpflichtigen Einkommen als abzugsfähig anerkannt zu bekommen. Denn die Leistungen erfolgen ja zum größten Teil auch mit im öffentlichen Interesse, wie ja auch ihr berechtigter Anspruch durch obenbezeichnete Instanzen in unsern Verbände gesichert ist. -- Immerhin begehren wir, daß generell die Verbandsbeiträge als abzugsfähig anerkannt werden.

Der Segen des Arriees. Die Kriegsbegeisterten italienischen Propagandablätter schreiben u. a.: Die Vauern von Sizilien sind es, die jetzt die Seemägen der neuen Molone (Tripoli) gewinnen werden. Camillo Triampolini illustriert diesen Satz im sozialistischen Rigblatt „L'Unita“ mit folgendem Dialog zwischen einem Araber und einem Vauern aus Sizilien, die wir dem „Vorwärts“ entnommen; sie zeigt drastisch, wenn die Zugungen des Arriees zuante kommen: Araber: Warum seid ihr in unser Land gekommen und habt Tod und Verwundung mit Euch gebracht? Was taten wir Euch Böses? -- Soldat: Wir sind gekommen, neue Vauern zu suchen. Araber: Was taten wir Euch Böses? -- Soldat: Das Land bei uns zu bauen? . . . das . . . das ist nicht unser. Das gehört ja alles unseren hohen Herren, den Vauern, den Grafen, den Ämtern und die lassen das Land sogar zum großen Teil unbesaut. Davon haben wir gar nichts, ja wir müssen, um nicht ganz

und gar Hungers zu sterben, im fernen Amerika Arbeit suchen! — Araber: Das ist ja großartig!!! Du hast ja dich also nicht für die Land zu erwerben, und da kommt dir, es uns! — Soldat: — von dieser Bemerkung überaus, bleibt stumm. — Araber: Auch ist groß. Wenn er Euch den Zug verleihe und ihr uns unser Land formnehmen würdet, welchen Anteil wärdet Du von dem Landraub bekommen? — Soldat: hochmütig lächelnd, als ob er den Verdacht aus der Hand seines Kadrons löbet: Naanar, ich bin genau so verpöchtel wie ein gewisser heiliger Märtyrer. Eure Landereien werden — Das verpöchtel sich — dem gefallen, der umhantelt ist, in zu bejähren, und meinst Du, ich hätte Geld? — Araber: also werden Deine Landesteile ja kaufen. — Soldat: auch nicht, die sind genau so arme Teufel wie ich! — Araber: Wenn Karte des Propheten, wer wird denn schließlich das Land bekommen? — Soldat: Wer das bekommen wird? Unsere Herren natürlich, unsere Kadrons! — Araber: verstaunt: Die sollen, die das Land Deiner Heimat brauereigen lassen? — Soldat: 's ist ja so! Die und ihre Freunde üben allen auf dem Geldfuß, wir Arbeiter haben nichts als unsere zwei Arme. — Araber: Allah ist Allah! Ganz vortrefflich! Ihr kommt also herbei, um zu werden und im End werden zu lassen — nicht im End selbst — sondern für diese eure furchtbaren Großherren? Kann's mir nicht abel, Freunden, so ja, aber wie ihr und bei uns die — Mamele!

Bund der Landwirte.

(Aus Anlaß der Jahre-versammlung in Sportplatz in Berlin.)

Chemals ging man bei euch	Eisenburg nur unvorhoff
Mit der Lippe scharf ins Zeug;	Machte seinem Beizen Volk;
Heute herrscht ein Ton dabei	Doch dem Wangenbeim, dem Gabn.
Prima, pfl und sein mit Ei.	Hat er damit noch getan.
Ueberdies vornehm sah	Kiast gedreht und nicht gestampft!
War das Wort im Sportplatz.	Zimmer sein, immer kam!
Wensch, das ist ja kaum zu schilbern.	Doktor Teitel, liehe wohl.
Wie ich unre Sitten mildern.	Sprach lateinisch: "Vimor", "sol."
Selbst der Ausdruck "reiche Äden"	Ob sie bäue.tid, ob gräfflich.
Wende diesmal iteng vermindern.	Alle sprachten beflisch, hefflich.
Wandem Staatsmann ichwor man	Wensch, das ist ja kaum zu schilbern.
Redde.	Wie ich unre Sitten mildern.
Doch von „lamm uns“ letzte Rede.	Schloß im „Zag“

Briefkasten

München. Im Jahresbericht auf Spalte 191 Nr. 8 muß es im Absatz: "Die ... Zulage enthält "Zerückungsguloge" heißen.

Eingegangene Schriften und Bücher

Die Sozialdemokratie und die Wahlen zum Deutschen Reichstage von Paul Buch und Bruno Vorwärts. Das Werk gibt zunächst einen geschichtlichen Überblick über die gesamten Wahlen vom Jahre 1867 bis zum Jahre 1912 unter besonderer Berücksichtigung der sozialdemokratischen Vertretung und Ergebnisse. An der Hand von fünf oberständlichen Tabellen wird über das Stimmenverhältnis, die Parteiverteilung, die Abgeordnetenzahl usw. Aufschluß gegeben. Daran schließt sich ein Verzeichnis aller Wahlkreise, die zurzeit sozialdemokratisch vertreten sind oder schon einmal im Verhine anderer Parteien waren, ferner ein Verzeichnis derjenigen sozialdemokratischen Abgeordneten und ihrer Wahlkreise. Eine vergleichende Übersicht der Reichstagswahlen von 1867, 1907 und 1912 für alle Wahlkreise zeigt die Verschiebung der einzelnen politischen Parteien; die Ergebnisse seit 1907 haben besondere Berücksichtigung gefunden. Dem Werk ist eine Karte Deutschlands beigegeben, die in verschiedenen Farben den Besitzstand der Parteien im Reiche anzeigt. Das Buch ist jedem, der sich über die politische Struktur Deutschlands in formieren will, ein unverlässiger Ratgeber. Der Preis beträgt 2 Mk. Die ungeführte Vereinsausgabe kostet 1 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder durch vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts Paul Zinger 6, m. b. H., Berlin 28, 68.

Internationales Arbeitsamt. Liste der gewerblichen Stoffe und anderer gesundheitsgefährlicher Stoffe, die in der Industrie Verwendung finden. Nach den Beständen des Komitees der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz einwirkten von Prof. Dr. Th. Sommerfeld und Gewerberat Dr. H. Nöhler Redigiert durch den holländischen holländischen Beirat der Internationalen Vereinigung. Den Haag, Verlag von G. J. van der Meulen, 1912. Preis 1 Mk., Nr. 125.

Die Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz hat von Anfang an in ihr Arbeitsprogramm auch den Schutz der durch gewerbliche Stoffe gefährdeten Arbeiter aufgenommen. Sie hat es al. eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachtet, geeignete Grundlagen zu schaffen, auf welchen sich eine wirksame Beobachtung zu gestalten würde aufbauen konnte. Diese Bestrebungen haben Anlaß zu ansehnlichen Fortschritten und ein gedeihendes Untersuchung der auf diesem schwierigen Gebiete auftretenden Fragen. Dabei spielen unter anderen die Anzeigepflicht für gewerbliche

Vergiftungen sowie für die Erzeugung und Verwendung gewerblicher Stoffe, die Aufmachung von Arbeitsstätten über besonders gefährdete Betriebe, die anzureichende gewerbliche Ausbildung und Schulung der Arbeiter, die sachmännische Beaufsichtigung der gesundheitsgefährlichen Betriebe und die Regelung der Arbeitszeiten der Arbeiter eine besondere Rolle. Die Behandlung dieser und ähnlicher Fragen ließ selbstverständlich ein Verzeichnis der Stoffe mit ausschöpfendem Charakter wünschenswert erscheinen. Diese „Liste“ liegt nun vor und die Namen der Fachmänner aller Länder, die bei ihrer Bearbeitung beteiligt waren, leisten für ihre sorgfältige Bearbeitung volle Gewähr. Sie enthält zunächst eine kurze Geschichte dieser Bestrebungen, sodann ein alphabetisches Verzeichnis der Stoffe, die in der Industrie Verwendung finden, in denen eine Vergiftung in Frage kommt, die Art und der Ort der Einwirkung des Stoffes, die Vergiftungserscheinungen, sowie die besonderen Maßnahmen gegen die Vergiftung werden hier erörtert. Eine Reihe von Verlässen aus der Feder Gewerberat Dr. Nöhlers (Berlin) über die Zeichnungsbilder der Betriebsstätten und der Arbeiter in dieser Angelegenheit ist ebenfalls in dieser Arbeit. Auf 30 Seiten wird in ihr der gegenwärtige Stand des gewerblichen Wissensbestandes über Vergiftungen komprimiert und die Grundlage für weitere sachkundige Bestrebungen zur Bekämpfung der industriellen Vergiftungen in allen Ländern geschaffen. Die „Liste“ wird den Krankenkassen, den Gewerbetreibenden, den Aufsichtsbekämern, den Betriebsleitern giftverwendender Betriebe, den Gewerbevereinen sowie den Arbeitern der giftverwendenden Betriebe selbst wertvolle Dienste erweisen!

Filiale Groß-Berlin.

Donnerstag, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus großer Saal, Engel-Meer 15.

Mitglieder-Versammlung

Die Ortsverwaltung

Filiale Chemnitz.

Die Adresse des 1. Vorsitzenden ist seit 1. Januar 1912: Alfred Müller, Sonnente. 58, D. L. Der Vorstand.

Filiale Groß-Berlin

Sonnabend, den 9. März 1912, abends 9 Uhr

Großes Alpenfest

in den Gesamtträumen der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16-23.

Zwei Musikkapellen (1 Original Direkter Kapelle) im großartig dekorierter Saale Rutschbahn, Alpenglühchen usw. : Erscheinen möglichst im Direktorkostüm erwünscht : Prämierung von je zwei der originellen Damen und Herrenkostüme

Eintrittskarten à 50 Pfennig

sind zu haben bei allen Unterkassierern, im Ortsbureau und an der Abendkasse

Ueber die Prämierung entscheiden die Festteilnehmer selbst, indem sie die an der Eintrittskarte befindlichen Kupons dem originellsten Damen- resp. Herrenkostüm übergeben. Da das Fest ein großartiges Amütement verspricht, sind alle Kolleginnen und Kollegen mit ihren Frauen, sowie Freunde und Gönner der Filiale dazu eingeladen.

Die Ortsverwaltung.

Totenliste des Verbandes.

Herrn. Louis Knorr, Dresden Hilfsmaschinenführer (Lehrer) Berlin 7. 10. 2. 1912, 50 Jahre alt.	Herrn. Gundlach, Berlin Arbeiter (Fabrikverwaltung) 4. 19. 2. 1912, 10 Jahre alt.
Ernst Vetter, Kiel Arbeiter (Gaswerk) 4. 18. 2. 1912, 75 Jahre alt.	Friedrich Fleck, Stuttgart Arbeiter (Zarinentensipolier) 7. 20. 2. 1912, 30 Jahre alt.

Franz Glück, München

Zeichner
4. 21. 2. 1912 im Alter von 62 Jahren.

Schre ihrem Andenken!

Verlag: In Vertretung des Verlags der Gewerbe- und Staatsverlagsanstalt, Hermann Buchverlag, Berlin, unter der Leitung des Verlagsdirektors, Dr. Paul Zinger & Co., Berlin SW. 95, Unter den Eichen 17.